

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1999

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

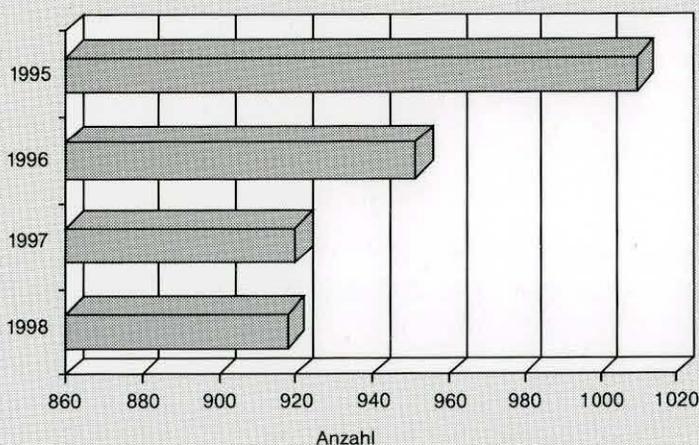
September

Oktober

November

Dezember

Unfälle je 1 Mrd. km im Güterkraftfahrzeugverkehr
1995 bis 1998



Inhalt

Der Wohnungsbau im Jahr 1998	183	Die Wohnungsbautätigkeit in Rheinland-Pfalz stand 1998 im Zeichen der Eigentumsbildung. Während für Baugenehmigungen von Einfamilienhäusern ein Rekordergebnis zu verzeichnen war, ging der Bau von Mietwohnungen erneut zurück.
Das neue dialogisierte Wohngeldverfahren	193	Im Hinblick auf die volle Dialogisierung und die Anpassung an technologische Entwicklungen wurde das EDV-Verfahren für die Wohngeld-Sachbearbeitung neu entwickelt. Das Verfahren diWog+ ermöglicht die dialog-gestützte Bearbeitung von Tabellenwohngeld, Härteausgleich und einkommensorientierter Zusatzförderung.
Straßenverkehrsunfälle mit Güterkraftfahrzeugen	196	Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf Straßenverkehrsunfälle mit Güterkraftfahrzeugen, weil diese Fahrzeuge häufig am Straßenverkehr beteiligt sind. Wenn auch im Jahr 1998 die Zahl der Unfälle gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat, ist trotz steigender Bestands- und Verkehrsleistungsdaten im Güterkraftverkehr seit 1990 eine Tendenz zu sinkenden Unfallzahlen mit Personenschaden spürbar.
Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer	203	Seit 1998 erhalten die Gemeinden einen Anteil an der Umsatzsteuer als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer.
Anhang	65 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	71 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Mehr Eigenheime, weniger Mietwohnungen

Im Berichtsjahr 1998 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden eine Rekordzahl an geplanten Errichtungen von Einfamilienhäusern. Mit 9 141 Gebäuden wurde das bereits herausragende Vorjahresergebnis von 8 453 Einfamilienhäusern um gut 8 % übertroffen. Ein leichter Zuwachs an Genehmigungen (+ 1 %) war auch bei den Baufreigaben für Zweifamilienhäuser zu beobachten. In 2 362 Fällen wollten Bauherren den Bau eines derartigen Wohngebäudes realisieren (1997: 2 339). Hinzu kommen 1 070 genehmigte Mehrfamilienhäuser, sodass 1998 insgesamt 12 573 Wohngebäude genehmigt wurden. Gegenüber 1997 (12 107) errechnet sich aufgrund der vielen Eigenheime ein Genehmigungsplus von 4 %.

In den neuen Wohngebäuden befinden sich 20 379 Wohneinheiten. Somit wurde das Vorjahresergebnis von 21 823 Wohnungen nicht erreicht (- 6,6 %). Dieser Rückgang ist ausschließlich auf die negative Entwicklung im Geschoss- bzw. Mietwohnungsbau zurückzuführen. Mit 6 514 Wohnungen wurden 25 % weniger an Einheiten in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen geplant als im Vorjahr (8 692).

Alle 1998 genehmigten neuen Wohngebäude umfassen einen Rauminhalt von gut 13,6 Mill. m³, das sind 1,6 % mehr als 1997 geplant war. Neue Wohngebäude mit einer Wohnung hatten ein Planungsvolumen von knapp über 8 Mill. m³, das sind fast 11 % mehr als 1997. Während das Volumen im Zweifamilienhausbau fast unverändert bei 2,8 Mill. m³ liegt, ging der Wert bei Mehrfamilienhäusern um 16 % von rund 3,3 Mill. m³ im Berichtsjahr 1997 auf 2,7 Mill. m³ zurück.

Die Neubauinvestitionen im Wohnbau (veranschlagte Baukosten ohne Baunebenkosten und Erschließungs- bzw. Grundstückskosten) bezifferten sich 1998 auf insgesamt 5,85 Mrd. DM. Darunter beliefen sich die Kostenkalkulationen für neue Einfamilienhäuser auf die Rekordsumme von 3,4 Mrd. DM, das sind rund 320 Mill. DM bzw. 10 % mehr als die 1997 genehmigten Eigenheime kosten sollten.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1999 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden den Neubau von insgesamt 10 900 Wohnungen, das ist ein Plus von 1,2 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Erheblich beeinflusst wurde das Ergebnis durch die 5 362 geplanten Einfamilienhäuser (+ 11 %). Rückläufig waren die Genehmigungen bei Wohngebäuden mit zwei Wohnungen (- 4 %) und Mehrfamilienhäusern (- 16 %). Die Zahl der in diesen Gebäuden geplanten Wohnungen ging um 4 bzw. knapp 6 % zurück.

Die mit Abstand meisten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern wurden in den ersten sechs Monaten des Jahres in den Kreisen Westerwald (636), Mayen-Koblenz (603) und Neuwied (432) genehmigt.

Mehr über dieses Thema auf Seite 183.

1998 mehr Unfälle mit Güterkraftfahrzeugen, aber rückläufige Tendenz im Mehrjahresvergleich

Zum 31. Dezember 1998 wurde in Rheinland-Pfalz ein Lkw-Bestand von 112 745 Fahrzeugen ermittelt. Das waren 4,1 % mehr Lastkraftwagen als Ende 1997. Mehr als die Hälfte wies ein zulässiges Gesamtgewicht bis zu 2 800 kg auf.

Wenngleich die Steigerungsraten der Nachkriegsjahre auf Grund des hohen Bestandes an Fahrzeugen heute nicht mehr registriert werden, zeigten sich insbesondere in den 90er Jahren mit einem jährlichen Plus von durchschnittlich 3,8 % wieder relativ hohe Zuwächse. Impulse gingen hier sicherlich auch von der deutschen Wiedervereinigung aus. Der Lkw-Bestand stieg seit 1990 stärker als die Fahrleistungen von Güterkraftfahrzeugen, das sind die von allen Güterkraftfahrzeugen zurückgelegten Fahrkilometer. Dies gilt auch für den aktuellen Jahresvergleich 1998 gegenüber 1997.

Trotz steigender Bestands- und Verkehrsleistungsdaten reduzierte sich die Zahl der Unfälle mit Personenschaden im Güterkraftfahrzeugverkehr seit 1990 jährlich tendenziell um durchschnittlich 0,5 %. Die Zahl der an diesen Unfällen beteiligten Fahrzeugführer und Fußgänger erhöhte sich von 1990 bis 1998 weniger stark als die Bestands- und Fahrleistungsdaten und war in einzelnen Jahren sogar rückläufig. Ihren positiven Niederschlag finden diese Tendenzen auch in der Tatsache, dass die Verunglücktenzahl spürbar zurückging, wobei vor allem sehr viel weniger getötete und schwer verletzte Verkehrsteilnehmer zu nennen sind.

1998 ereigneten sich insgesamt 2 931 polizeilich erfasste Straßenverkehrsunfälle mit Güterkraftfahrzeugen. Darunter waren 1 882 Unfälle mit Personenschaden und 1 049 Unfälle mit schwerem Sachschaden. Sowohl Unfälle mit Personenschaden (+ 2,1 %) als auch schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (+ 3,2 %) haben gegenüber 1997 zugenommen. Insgesamt ist die Zahl der Unfälle um 2,5 % gestiegen. 1 922 Menschen (+ 1,2 %) wurden leicht verletzt, während die Zahlen der Schwerverletzten (612; -6 %) und der Getöteten (70; -13 %) stark zurückgingen. kl

Mehr über dieses Thema auf Seite 196.

1998 wurde mehr Strom verbraucht

Der Stromabsatz an die Endverbraucher stieg in Rheinland-Pfalz 1998 um 2,1 % auf über 25 Mrd. kWh. Trotz des höheren Absatzes gingen die Erlöse der Energieversorger aber um 0,6 % auf 4,1 Mrd. DM zurück (ohne Mehrwertsteuer und Ausgleichsabgabe). Daraus errechnet sich ein Durchschnittserlös von 16,1 Pf für die Kilowattstunde. Im Jahr zuvor lag der Durchschnittserlös noch bei 16,5 Pf je kWh.

Für die Stromabnehmer gibt es sehr unterschiedliche Tarif- und Vertragsregelungen. Die privaten Haushalte zahlten sowohl 1998 als auch 1997 im Durchschnitt 21,9 Pf pro kWh. Dabei ergab sich für Licht- und Arbeitsstrom ein Durchschnittspreis von 24,4 und für Heizstrom von 9 Pf je kWh. 1997 lagen die Vergleichspreise mit 24,5 bzw. 9,1 Pf je kWh geringfügig höher.

Von den Betrieben des produzierenden Gewerbes verlangten die Stromversorger 1998 im Durchschnitt 10,5 Pf je kWh; im Jahr zuvor waren es noch 11,3 Pf. fu

Weniger Getreide geerntet

Bei weitgehend trockenem Erntewetter konnten in Rheinland-Pfalz rund 1,44 Mill. t Getreide gedroschen werden. Damit blieb die Ernte um 7 % unter der von 1998. Der Durchschnitt der letzten sechs Jahre wurde jedoch erreicht. Den größten Anteil an der Erntemenge hat mit 37 % der Winterweizen gefolgt von der Sommergerste mit 31 %.

Ursache für das niedrigere Ernteaufkommen gegenüber dem Vorjahr war die Einschränkung des Anbaus aufgrund erhöhter Stilllegungsverpflichtungen beim Ackerland. Überwiegend günstige Witterungsbedingungen haben dagegen zu guten Flächenerträgen geführt. Mit 59 dt je ha im Durchschnitt aller Getreidearten lag der Ertrag auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Bei allen Getreidearten wurden die mehrjährigen Mittelwerte deutlich übertroffen. Wintergerste, Sommergerste und Roggen erzielten auch im Vergleich zum Vorjahr leicht höhere Erträge. Etwas niedriger als im letzten Jahr waren die Flächenleistungen von Hafer (-10 %), Winterweizen und Triticale (jeweils -2 %).

Weizen und Roggen weisen nach ersten Untersuchungen gute Backqualitäten auf. Ebenso zeigt die Braugerste neben hohen Vollkornanteilen auch hinsichtlich des Eiweißgehaltes gute Ergebnisse. po

Neuer statistischer Bericht erschienen

„Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 1998“

Wussten Sie schon, dass rheinland-pfälzische Industriebetriebe mit eigenen Stromerzeugungsanlagen im Jahr 1998 fast 2 Mrd. Kilowattstunden (kWh) Strom selbst produzierten? Das sind über 14 % des gesamten industriellen Stromverbrauches von 13,8 Mrd. kWh. Diese und viele andere Informationen enthält der neue statistische Bericht.

Energiedaten werden im Rahmen der zunehmenden Liberalisierung des Strommarktes immer wichtiger. Zeitnahe Informationen zur vollständigen Darstellung der Stromversorgung in Rheinland-Pfalz wurden bisher kaum zusammenhängend und aktuell dargestellt. Diese Lücke soll mit dem neuen statistischen Bericht geschlossen werden. Das Datenmaterial basiert auf der Jahreserhebung über Stromerzeugungsanlagen im Verarbeitenden Gewerbe. Der vierseitige statistische Bericht wird zukünftig zur Jahresmitte erscheinen.

Der statistische Bericht „Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 1998“ (E IV 7 - j/98) kann beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, zum Preis von 0,75 DM zuzüglich Versandkosten bestellt werden.

Telefon (0 26 03) 71-2 45
Telefax (0 26 03) 71-3 15
E-Mail poststelle@statistik-rp.de

Gute Aussichten für 99er Weinjahrgang

Bei bisher günstigen Witterungsverhältnissen haben sich die Trauben in den rheinland-pfälzischen Weinbergen viel versprechend entwickelt. Erste Ertrags-schätzungen Ende August erbrachten eine voraussichtliche Erntemenge von 7,2 Mill. hl. Damit würde die Weinmosternte etwas über dem Niveau des Vorjahres liegen und den zehnjährigen Durchschnitt um knapp 5 % überschreiten. Im Anbaugebiet Pfalz haben allerdings starke Hagelschäden stellenweise die Ertragsaussichten deutlich gedämpft.

Mit einem frühen Reifebeginn bestehen derzeit auch günstige Aussichten für eine hohe Qualität der Ernte. Endgültig wird darüber jedoch das Wetter der nächsten vier Wochen entscheiden. po

Der Wohnungsbau im Jahr 1998

Die Wohnungsbautätigkeit stand 1998 in Rheinland-Pfalz noch stärker als im Jahr zuvor im Zeichen von Eigentumsbaumaßnahmen. Binnen weniger Jahre hat sich der Schwerpunkt des Wohnungsbaugeschehens weg vom Geschosswohnungsbau mit seiner Hochkonjunkturphase in den Jahren 1991 bis 1995, als jeweils zwischen 12 000 und in der Spitze fast 22 000 (1994) Wohneinheiten genehmigt wurden, hin zum Eigenheimbau verlagert. Die Errichtung von damals dringend benötigten Mietwohneinheiten verlor ab Mitte des Jahrzehnts zunehmend an Bedeutung. Aktuell wird der Wohnungsbau klar durch den Bau der „eigenen vier Wände“ dominiert. Derzeit kann man von einer gespaltenen Wohnungsbauentwicklung sprechen: auf der einen Seite ein Eigenheimboom wie noch nie in diesem Jahrzehnt, auf der anderen Seite stark rückläufige Baufreigaben für Geschoss- bzw. Mietwohnungen.

Noch zu Beginn der Dekade war der Wohnungsmarkt in Rheinland-Pfalz stark geprägt von einer hohen Nachfrage nach bezahlbarem Mietwohnraum. Sie wurde unter anderem durch die starke Zuwanderung ausgelöst. Besonders die Ballungsräume und ihre angrenzenden Gebiete wurden in kurzer Zeit zu Wohnungsbrennpunkten, in denen eine Unterversorgung mit Wohnraum feststellbar war. Die Investoren am Wohnungsmarkt – insbesondere die Wohnungsunternehmen und die privaten Bauherren – reagierten flexibel auf den starken Bevölkerungszuwachs, der vorrangig durch Zuzug von Aussiedlern, Wanderungsbewegungen als Folge der Wiedervereinigung und einen erhöhten Zustrom von Asylbewerbern ausgelöst wurde. So konnten die Folgen der zumindest regional zutage getretenen Wohnungsknappheit in einer relativ kurzen Zeitspanne (1991 bis 1995) mit Baugenehmigungen für insgesamt rund 170 000 Wohneinheiten und mit Baufertigstellungen von über 130 000 Wohneinheiten überwunden werden. Stagnierende bzw. rückläufige Mietsteigerungsraten, in manchen Fällen sogar sinkende Quadratmetermieten bei Neuvermietungen, sind unmittelbarer Ausfluss einer Entspannung des Wohnungsmarktes als Folge des erhöhten Wohnungsangebotes.

Der Indikator „Wohnungen je 1 000 der Bevölkerung“ belegt, in welchem Maß sich die Wohnungsversorgung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz verbessert hat. Im Jahr 1990 kamen auf 1 000 Rheinland-Pfälzer 415 Wohnungen, 1995 waren es bereits 426 und Ende 1998 errechnet sich insgesamt eine Wohnungsversorgung

von 440 Wohnungen. In den kreisfreien Städten – einige davon gehören zu den ehemaligen Brennpunkten des Wohnungsmangels – erreichte der Versorgungsgrad Ende 1998 schon 492 Wohnungen, in den Landkreisen errechnet sich ein Vergleichswert von 423 Wohnungen je 1 000 Einwohner.

Hohe Präferenz für Wohneigentum

Die Schaffung von Wohneigentum – seien es Ein-, Zweifamilienhäuser oder Eigentumswohnungen – stand auch 1998 bei vielen Rheinland-Pfälzern ganz oben auf der Präferenzskala. Mit 9 141 neuen Einfamilienhäusern genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden eine Rekordzahl an derartigen Bauvorhaben. Erstmals seit dem Jahr 1989 (7 843 Gebäude) sollten 1998 im klassischen Eigenheimbereich wieder mehr Gebäude bzw. Wohnungen errichtet werden als im Geschoss- bzw. Mietwohnungsneubau (6 384). Gegenüber dem Jahr 1997, mit einem bereits herausragenden Genehmigungsergebnis von 8 453 Einfamilienhäusern, war eine nochmalige Steigerung der Baugenehmigungen von gut 8 % festzustellen. Damit waren 45 % (1997: 39 %) aller genehmigten neuen Wohneinheiten in Wohngebäuden Einfamilienhauswohnungen.

Die Motivation der Bauherren, in privates Wohneigentum zu investieren, ist vielfältig. Hauptursache ist immer noch das Bedürfnis „Wohnen“, das allerdings häufig nicht mehr allein ein Grundbedürfnis darstellt, sondern Ausdruck einer gesteigerten Lebensqualität, z. B. durch individuelle Gestaltungsmöglichkeiten oder hohen Wohnkomfort, ist. Das Bestreben dies durch Wohneigentum zu erreichen ist – zumindest wieder in den letzten zehn Jahren – trotz entgegenstehender Hindernisse (örtlich geringe Baulandreserven, hohe Grundstückspreise) in der Gesellschaft sehr stark ausgeprägt.

Unabhängig von der Entwicklung auf dem Mietwohnungsmarkt verstetigte sich seit 1988 die Nachfrage nach Eigenheimen mit einer Wohneinheit. Seither wurden Jahr für Jahr, mit Ausnahme von 1995 (6 488), mehr als 7 000 Eigenheime mit einer Wohnung zum Bau freigegeben. Die Genehmigungsspitzen wurden bislang in den Jahren 1990 mit 8 052, 1994 mit 8 634 und 1997 mit 8 453 sowie im abgelaufenen Rekordjahr 1998 mit über 9 100 genehmigten neuen Einfamilienhäusern registriert.

Einen zusätzlichen kräftigen Schub erhielt der Einfamilienhausbau durch zwei weitere den Wohnungsbau sehr stark bestimmende Determinanten: Zum einen liegen die Kapitalmarktzinsen schon seit geraumer Zeit auf einem für Grundschuldarlehen historisch niedrigen Niveau von effektiv um die 5 % für fünfjährige bis knapp 6 % für zehnjährige Darlehenslaufzeiten. Derart niedrige Hypothekenzinsen hat es in den neunziger Jahren noch nie gegeben, mehr noch: Seit Einführung der DM waren Mittel für Baufinanzierungen im Wohnungsbau noch nie so günstig. Dieser Umstand versetzte in den vergangenen Jahren zunehmend mehr potentielle Bauherren in die Lage, ein eigenes Bauvorhaben zu tragbaren Belastungen zu realisieren bzw. Eigentum zu erwerben.

Zum anderen hat sicher auch die anhaltende Vorsorge- und Rentendiskussion – neben dem Erwerb vorhandenen Wohnraums – auch für die Neubautätigkeit im Eigenheimbereich eine nachhaltig positive Entwicklung ausgelöst. Bezahlt Wohnesigentum im Rentenalter gilt wegen seiner Wertbeständigkeit und zur Sicherung des Lebensstandards im Alter (Kompensation von Einkommensverlusten durch Wegfall der Belastungen bzw. fehlender Mietaufwand) wohl zu Recht nach wie vor als die Beste aller privaten Vorsorgealternativen.

Neben dem Einfamilienhaus muss auch der Bau von Zweifamilienhäusern im weitesten Sinne zum Eigenheimbau gerechnet werden. In der Regel wird bei dieser Gebäudeart eine Wohnung – meist die größere – vom Gebäudeeigentümer selbst genutzt, die zusätzliche Wohneinheit ist in der Regel vermietet und dient im Bedarfsfall als zusätzliche Einkommensquelle zur Reduzierung der monatlichen Belastungen. Eigennutzungsquoten von rund 50 % bei dieser Gebäudeart bestätigen diese These. Im Berichtsjahr 1998 wurden in Rheinland-Pfalz 2 362 neue Zweifamilienhäuser genehmigt, darin werden sich nach der Fertigstellung 4 724 Wohnungen befinden. Gegenüber dem Vorjahr (4 678) war bei dieser Gebäudeart ein leichter Zuwachs der erteilten Baufreigaben von rund 1 % zu verzeichnen.

Da die Eigennutzungsquote in Einfamilienhäusern nahezu bei 100 % liegt und in Zweifamilienhäusern rund 50 % der Wohnungen nach der Bezugsreife vom Bauherren selbst bezogen werden, ergibt sich für 1998 in beiden Gebäudekategorien eine Anzahl von rund 11 500 genehmigten selbstgenutzten Einheiten. Hinzu kommen rund 3 900 Eigentumswohnungen, die sich gelegentlich zwar auch in Zweifamilienhäusern befinden können, meist jedoch in Geschosswohnbauten mit drei und mehr Einheiten anzutreffen sind. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass im Berichtsjahr 1998 von den rund 20 000 Neubauwohnungen in Wohngebäuden gut 15 000 von den Bauherren bzw. den unmittelbaren Anschlusswerbern nach Bezugsfertigstellung eigengenutzt werden. Damit wurden drei von vier genehmigten Neubauwohnungen des Jahres 1998 mit der Zielsetzung privater Eigentumsbildung bei gleichzeitiger Eigennutzung der Wohnung geplant. Diese Zahlen unterstreichen, welche gesellschaftliche Bedeutung das Wohneigentum im Berichtsjahr 1998 erreicht hat und wie sehr parallel dazu der Bau von meist ausschließlich unter Renditegesichtspunkten geplanten Mietwohneinheiten in den Hintergrund des Baugehens gerückt ist.

Genehmigte Eigentumswohnungen in Wohngebäuden¹⁾ 1989 bis 1998

Jahr	Wohnungen insgesamt in Wohngebäuden	Darunter Eigentumswohnungen	Anteil an Wohnungen in Wohngebäuden
	Anzahl		%
1989	16 199	2 274	14,0
1990	20 744	4 129	19,9
1991	23 187	4 963	21,4
1992	25 294	6 668	26,4
1993	30 277	8 684	28,7
1994	37 610	12 310	32,7
1995	28 272	9 128	32,3
1996	21 867	4 919	22,5
1997	21 823	4 478	20,5
1998	20 379	3 862	19,0
1989-1998	245 652	61 416	25,0

1) Errichtung neuer Gebäude.

Wohnungsbautätigkeit insgesamt erneut rückläufig

Nachdem in den Jahren des Wohnungsbaubooms in Rheinland-Pfalz 1993 (34 400), 1994 (42 600) und 1995 (32 800) überdurchschnittlich viele Wohnungen (Wohn- und Nichtwohnbau einschl. Baumaßnahmen) zur Baufreigabe kamen, deuteten etliche Indikatoren darauf hin, dass mit den seit 1995 jährlich feststellbaren Einbrüchen im Geschosswohnungsbau ein „Absturz“ der Wohnungsbautätigkeit, ähnlich wie zur Mitte des letzten Jahrzehnts, drohte. Zwar ging die Bautätigkeit gemessen an der Zahl der genehmigten Wohneinheiten auch 1996 (25 700 Wohnungen) gegenüber 1995 (32 800) nochmals um 22 % zurück, blieb aber sowohl 1997 (25 500) als auch 1998 (23 600) noch deutlich über der Marke von 20 000 genehmigten Wohneinheiten. Ursache hierfür war wie bereits 1997, als die Anzahl der genehmigten Wohneinheiten gegenüber 1996 nahezu konstant blieb, der Zuwachs an genehmigten Ein- und Zweifamilienhauswohnungen, der den erneuten Rückgang im Geschosswohnungsbau von rund 2 200 Einheiten (- 25 %) zum Teil kompensieren konnte.

Von den 1998 insgesamt genehmigten 23 564 Wohnungen waren 20 379 (86,5 %) Neuerrichtungen im Wohnbau. Auf Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden entfielen 2 704 Wohnungen; die übrigen 481 Wohneinheiten lagen in neuen Nichtwohngebäuden. Die Neubauwohnungen im Wohnbau befinden sich in 12 573 genehmigten Wohngebäuden, das sind knapp 4 % mehr Gebäude als 1997 (12 107) errichtet werden sollten. Fast 73 % dieser neuen Wohngebäude waren Einfamilienhäuser (9 141), rund 19 % waren Wohngebäude mit zwei Wohnungen (2 362) und 8,5 % waren Mehrfamilienhäuser (1 070), darunter fünf genehmigte Wohnheimgebäude.

Die meisten neuen Wohngebäude (84,5 %) hatten private Haushalte zum Bauherren (10 625). Wohnungsunternehmen ließen sich im abgelaufenen Berichtsjahr 1998 die Errichtung von 1 913 Gebäuden für Wohnzwecke (15 %) genehmigen. Die übrigen Baugenehmigungen (271) entfielen auf die Gruppe der sonstigen Unternehmen, die öffentlichen Bauherren sowie Organisationen ohne Erwerbszweck. Wie groß das Engage-

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1988 bis 1998 nach der Zahl der Wohnungen

Jahr	Wohnungen insgesamt	Davon Wohnungen im Rahmen von ...					
		Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	neu zu errichtenden Gebäuden				
			Nichtwohngebäuden	Wohngebäuden	davon		
		Einfamilienhäusern			Zweifamilienhäusern	Mehrfamilienhäusern ¹⁾	
1988	14 614	1 411	242	12 961	7 550	2 500	2 911
1989	18 235	1 692	344	16 199	7 843	3 010	5 346
1990	24 426	3 325	357	20 744	8 052	3 940	8 752
1991	27 046	3 384	475	23 187	7 393	3 714	12 080
1992	29 271	3 368	609	25 294	7 281	4 862	13 151
1993	34 448	3 748	423	30 277	7 666	5 304	17 307
1994	42 656	4 504	542	37 610	8 634	7 116	21 860
1995	32 776	3 959	545	28 272	6 488	4 880	16 904
1996	25 692	3 296	529	21 867	7 039	4 512	10 316
1997	25 532	3 074	635	21 823	8 453	4 678	8 692
1998	23 564	2 704	481	20 379	9 141	4 724	6 514

1) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

ment der privaten Bauherren am Wohnungsbaugeschehen ist, wird deutlich bei der Betrachtung der Baugenehmigungen nach den einzelnen Gebäudekategorien. Erwartungsgemäß dominieren private Investoren den Ein- und Zweifamilienhausbau mit 7 808 (85 %) bzw. 2 122 (90 %) erteilten Baufreigaben. Sogar im Geschosswohnungsbau mit drei und mehr Wohnungen entfielen die meisten Baugenehmigungen (694) auf diese Bauherrengruppe, während sich die Unternehmen nur 364 neue Wohngebäude – wenn auch durchschnittlich größere – genehmigen ließen.

Zur differenzierten Beurteilung der konjunkturellen Lage der Wohnungsbauwirtschaft sollte der Betrachter nicht ausschließlich die im Laufe eines Kalenderjahres registrierten Fallzahlen der Baugenehmigungen und Baufertigstellungen heranziehen, vielmehr sind innerhalb der Bautätigkeitsstatistik Parameter wie die „erbrachte Bauleistung“ (Rauminhalt, Wohn- und Nutzfläche) oder „veranschlagte Baukosten“ für die konjunkturelle Beurteilung oft aussagekräftiger als die reine Gebäude- und Wohnungsanzahl. Daneben ist es für Interessierte sinnvoll, die Informationspalette für eine umfassende Betrachtungsweise der konjunkturellen Lage im Wohnungsbau um die erbrachten Leistungen des Bauhauptgewerbes (Arbeitsstunden), die Reichweite der Auftragsbestände in Monaten, den Produktionsindex oder etwa die Beschäftigtenzahlen im Bauhauptgewerbe zu ergänzen. Entsprechende Daten und Reihen liegen ebenfalls im Statistischen Landesamt vor.

Wohnungsbauinvestitionen leicht gestiegen, Rekordergebnis für Einfamilienhausbau

Die Neuinvestitionen der Bauherren in den Bau von Wohngebäuden sind 1998 gegenüber 1997 leicht angestiegen. Insgesamt waren für die Bauwerke rund 5,85 Mrd. DM bzw. 1 % mehr kalkuliert als im Vorjahr (5,79 Mrd. DM). Für neue Einfamilienhäuser beliefen sich die Kostenanschläge auf die Rekordsumme von knapp über 3,4 Mrd. DM, das sind rund 320 Mill. DM (+ 10 %) mehr als in der Vorperiode. Je Einfamilienhaus waren

von den Bauherren im Schnitt rund 375 000 DM für das reine Bauwerk aufzuwenden. Die Durchschnittskosten erhöhten sich gegenüber 1997 um knapp 2 %. Diese Kostensteigerung könnte durchaus mit der Inflationsrate gleichgesetzt bzw. begründet werden, jedoch ist zu berücksichtigen, dass die Eigenheime 1998 im Schnitt um vier Quadratmeter größer geplant waren (147 m²) als im Vorjahr (143 m²). Von einer realen durchschnittlichen Baukostensteigerung kann demnach nicht ausgegangen werden. Anhand des kalkulierten Quadratmeterpreises lässt sich der Sachverhalt überprüfen. Danach kostete ein Quadratmeter Wohnfläche 1998 im Schnitt 2 552 DM, 1997 lagen die Kosten im Mittel mit 2 575 DM sogar etwas darüber. Der Preisindex für Wohngebäude bestätigt diesen Sachverhalt. So sanken die Baupreise in Deutschland im dritten Jahr hintereinander. Im Vergleich 1998 zu 1997 gingen sie um 0,4 % zurück.

Für Wohngebäude mit zwei Wohnungen waren Geldmittel für reine Bauwerkskosten in Höhe von knapp 1,21 Mrd. DM vorgesehen, das waren rund 2 % mehr als 1997 in diese Art von Wohngebäuden investiert werden sollten (1,19 Mrd. DM). Je Gebäude waren 1998 im Mittel rund 512 000 DM veranschlagt, geringfügig mehr als 1997 (507 000 DM). Die Kosten je Quadratmeter Wohnfläche lagen bei 2 350 DM und waren gegenüber den Vorjahreskalkulationen (2 341 DM) nahezu unverändert.

Der für die Baukonjunktur und damit für die Sicherung von Arbeitsplätzen im Wohnungsbau herausragende Stellenwert des Eigenheimbaus wird besonders deutlich bei einem Vergleich der hierfür veranschlagten reinen Bauwerkskosten mit denjenigen für den Geschosswohnungsbau. Danach übertrafen 1998, neben den deutlich höheren Baukosten für Einfamilienhäuser (3,43 Mrd. DM), erstmals in diesem Jahrzehnt sogar die Investitionen in Zweifamilienhäuser (1,21 Mrd. DM) die reinen Baukosten für den Geschosswohnungsbau (1,17 Mrd. DM). Binnen vier Jahren hat sich die Investitionssumme an reinen Bauwerkskosten im Geschosswohnungsbau von über 3,3 Mrd. DM (1994) um rund 65 % (-2,2 Mrd. DM) auf 1998 nur noch gut 1 Mrd. DM verringert. Dieser kurzfristige Vergleich

Genehmigungen im Wohnbau 1998 nach Verwaltungsbezirken
(Gebäude einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Nutzfläche	Wohnungen	Wohnfläche	Wohnräume	Veranschlagte Baukosten
	Anzahl	1 000 m ²	Anzahl	1 000 m ²	Anzahl	1 000 DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	250	7,6	434	42,6	1 922	104 182
Landkreise						
Ahrweiler	680	26,0	1 039	115,1	5 236	274 745
Altenkirchen (Ww.)	787	31,9	827	109,0	4 850	251 950
Bad Kreuznach	626	21,0	832	98,1	4 189	224 524
Bad Kreuznach, St.	87	3,6	110	12,8	544	32 293
Birkenfeld	382	11,3	393	51,3	2 289	124 521
Idar-Oberstein, St.	117	5,4	100	14,0	599	35 272
Cochem-Zell	397	15,7	492	60,4	2 663	146 847
Mayen-Koblenz	1 105	28,9	1 386	176,2	7 475	432 884
Andernach, St.	90	4,2	91	12,8	539	31 348
Mayen, St.	65	3,5	89	9,8	429	24 230
Neuwied	857	37,2	1 133	134,9	6 183	316 163
Neuwied, St.	159	9,4	268	26,7	1 254	67 293
Rhein-Hunsrück-Kreis	623	23,7	713	89,1	3 985	220 993
Rhein-Lahn-Kreis	654	21,6	780	96,4	4 300	239 628
Lahnstein, St.	82	3,6	125	13,7	615	34 551
Westerwaldkreis	1 228	73,6	1 613	196,3	8 624	482 102
RB Koblenz	7 589	298,5	9 642	1 169,5	51 716	2 818 539
Kreisfreie Stadt Trier	227	10,8	438	38,1	1 733	96 295
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	316	14,0	461	52,0	2 501	131 007
Bitburg-Prüm	535	17,8	602	78,2	3 552	182 632
Daun	484	16,7	540	65,6	2 870	156 441
Trier-Saarburg	671	24,4	912	109,9	4 913	265 734
RB Trier	2 233	83,7	2 953	343,8	15 569	832 109
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	121	2,0	109	14,5	724	36 623
Kaiserslautern	214	6,7	295	34,4	1 563	75 552
Landau i. d. Pfalz	194	-1,6	216	26,1	1 147	60 444
Ludwigshafen a. Rhein	327	0,4	378	43,5	1 880	100 005
Mainz	471	27,0	952	92,4	4 100	207 100
Neustadt a. d. Weinstr.	194	6,0	153	21,1	881	56 351
Pirmasens	96	2,9	131	14,8	689	34 326
Speyer	113	4,5	151	17,3	739	45 684
Worms	183	6,9	270	30,2	1 359	74 019
Zweibrücken	157	6,0	186	24,4	1 082	58 274
Landkreise						
Alzey-Worms	655	24,0	908	109,6	4 808	264 262
Bad Dürkheim	692	24,5	814	100,5	4 425	254 505
Donnersbergkreis	518	-1,2	599	75,4	3 160	175 585
Germersheim	564	25,7	692	82,2	3 494	210 040
Kaiserslautern	582	12,4	801	106,9	4 494	249 344
Kusel	443	14,3	521	65,9	2 865	159 576
Südliche Weinstraße	629	24,7	779	91,9	3 953	288 971
Ludwigshafen	689	15,7	867	100,8	4 382	248 738
Mainz-Bingen	662	21,6	913	107,0	4 624	254 573
Bingen am Rhein, St.	66	2,3	99	13,9	578	29 920
Ingelheim am Rhein, St.	87	2,5	103	11,9	549	30 785
Südwestpfalz	559	14,2	573	76,8	3 320	183 155
RB Rheinhessen-Pfalz	8 063	236,8	10 308	1 235,5	53 689	3 037 127
Rheinland-Pfalz	17 885	619,0	22 903	2 748,8	120 974	6 687 775
Kreisfreie Städte	2 547	79,1	3 713	399,4	17 819	948 855
Landkreise	15 338	539,9	19 190	2 349,5	103 155	5 738 920

Genehmigungen neu zu errichtender Wohngebäude 1998 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Darunter Einfamilien- häuser	Raum- inhalt	Nutz- fläche	Woh- nungen	Wohn- fläche	Wohn- räume	Veran- schlagte Bau- kosten
	Anzahl		1 000 m ³	1 000 m ²	Anzahl	1 000 m ²	Anzahl	1 000 DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	143	87	200	7,6	394	36,3	1 673	87 796
Landkreise								
Ahrweiler	500	344	590	27,3	973	106,0	4 836	254 675
Altenkirchen (Ww.)	569	451	537	31,8	759	97,1	4 378	229 141
Bad Kreuznach	379	245	436	26,9	677	78,2	3 350	187 464
Bad Kreuznach, St.	56	30	59	3,2	101	10,9	476	27 356
Birkenfeld	267	207	355	13,1	348	43,5	1 970	108 598
Idar-Oberstein, St.	71	59	70	5,3	94	11,5	521	30 072
Cochem-Zell	298	213	307	17,5	427	53,0	2 342	132 058
Mayen-Koblenz	887	656	928	27,7	1 320	164,1	6 980	405 347
Andernach, St.	61	46	62	3,7	85	11,1	478	27 132
Mayen, St.	51	31	58	3,1	84	9,1	403	22 454
Neuwied	626	441	652	39,1	1 039	119,7	5 563	285 206
Neuwied, St.	104	78	137	8,9	255	24,0	1 148	61 220
Rhein-Hunsrück-Kreis	473	340	464	25,3	651	80,1	3 574	200 521
Rhein-Lahn-Kreis	447	329	476	25,3	682	82,3	3 710	211 109
Lahnstein, St.	53	38	68	3,6	122	13,0	585	32 157
Westerwaldkreis	992	745	1 043	75,0	1 461	177,7	7 848	447 971
RB Koblenz	5 581	4 058	5 988	316,4	8 731	1 037,8	46 224	2 549 886
Kreisfreie Stadt Trier	153	107	166	9,8	381	31,7	1 496	73 414
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	250	176	286	15,6	417	47,1	2 282	120 681
Bitburg-Prüm	388	299	409	20,7	522	66,4	3 082	159 776
Daun	323	248	328	18,1	462	54,4	2 396	135 528
Trier-Saarburg	528	371	574	27,3	844	99,4	4 468	240 633
RB Trier	1 642	1 201	1 762	91,5	2 626	299,0	13 724	730 032
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	85	72	73	1,7	100	12,1	637	30 242
Kaiserslautern	149	115	147	6,2	252	29,3	1 322	63 405
Landau i. d. Pfalz	95	77	82	5,9	120	14,6	652	35 803
Ludwigshafen a. Rhein	213	175	188	0,8	336	36,3	1 610	82 193
Mainz	354	266	453	26,9	908	85,6	3 851	189 309
Neustadt a. d. Weinstr.	80	50	87	6,1	132	15,5	677	36 477
Pirmasens	50	39	64	3,5	113	11,9	578	28 584
Speyer	45	26	75	5,3	124	13,3	583	34 288
Worms	135	101	150	7,1	228	25,4	1 151	64 089
Zweibrücken	117	82	127	6,1	180	22,5	1 011	54 282
Landkreise								
Alzey-Worms	509	377	542	29,1	815	95,6	4 258	240 012
Bad Dürkheim	441	317	485	25,8	703	85,2	3 794	216 320
Donnersbergkreis	338	247	348	3,4	503	60,7	2 595	147 281
Germersheim	332	230	411	25,4	606	68,4	2 988	182 922
Kaiserslautern	447	284	509	13,3	710	95,1	4 036	224 803
Kusel	319	227	321	15,5	453	56,2	2 477	139 638
Südliche Weinstraße	409	308	448	28,2	661	75,6	3 283	206 473
Ludwigshafen	437	298	493	17,8	771	85,6	3 772	215 622
Mainz-Bingen	432	309	494	24,4	804	91,3	3 962	215 896
Bingen am Rhein, St.	28	13	58	3,1	87	11,3	486	24 024
Ingelheim am Rhein, St.	54	43	52	3,4	79	9,5	430	22 744
Südwestpfalz	363	282	372	14,4	503	64,5	2 835	157 956
RB Rheinhessen-Pfalz	5 350	3 882	5 868	266,9	9 022	1 044,7	46 072	2 565 595
Rheinland-Pfalz	12 573	9 141	13 619	674,9	20 379	2 381,5	106 020	5 845 513
Kreisfreie Städte	1 619	1 197	1 811	86,9	3 268	334,4	15 241	779 882
Landkreise	10 954	7 944	11 808	588,0	17 111	2 047,0	90 779	5 065 631

Veranschlagte Baukosten genehmigter Wohngebäude 1989 bis 1998 nach Gebäudearten

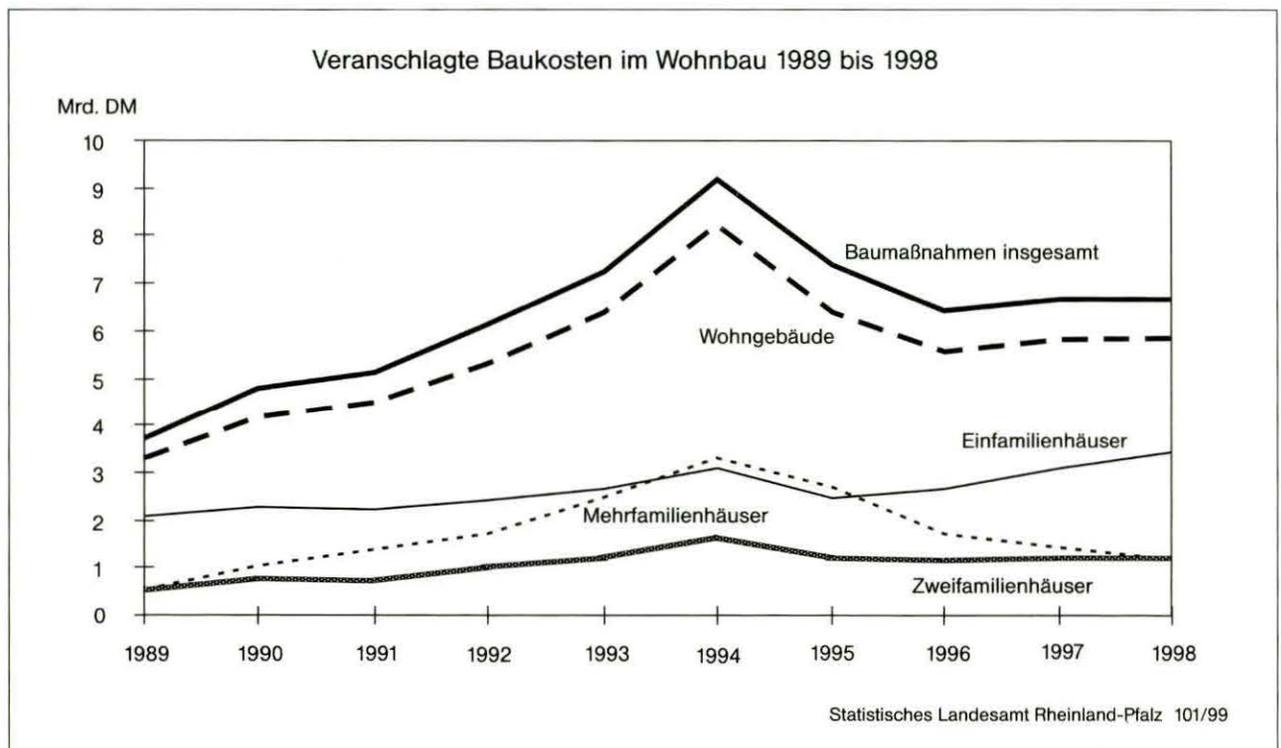
Jahr	Insgesamt (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden)	Neu zu errichtende Gebäude				
		zusammen	Wohngebäude mit			Wohnheime
			1 Wohnung	2 Wohnungen	3 und mehr Wohnungen	
1 000 DM						
1989	3 739 627	3 287 806	2 098 600	553 146	588 878	47 182
1990	4 783 988	4 147 987	2 263 968	750 689	1 081 909	51 421
1991	5 127 487	4 454 789	2 201 374	729 874	1 405 819	117 722
1992	6 147 213	5 243 058	2 393 821	1 006 217	1 736 070	106 950
1993	7 252 071	6 395 622	2 663 683	1 198 625	2 461 817	71 497
1994	9 186 177	8 175 894	3 105 974	1 664 890	3 333 149	71 881
1995	7 383 941	6 424 113	2 443 380	1 208 763	2 736 557	35 413
1996	6 445 538	5 533 332	2 642 573	1 135 343	1 718 575	36 841
1997	6 670 029	5 786 551	3 113 295	1 185 171	1 439 204	48 881
1998	6 687 775	5 845 513	3 431 002	1 208 662	1 171 449	34 400

wirkt dramatisch. Bei mittelfristiger Betrachtung der Wohnungsbauinvestitionen über einen Zeitraum von zehn Jahren wird allerdings erkennbar, dass das Genehmigungsjahr 1994 mit einem Gesamtvolumen von fast 8,2 Mrd. DM Baukosten – davon 3,3 Mrd. DM für Mietwohnungen – zweifellos eine Sonderstellung einnimmt, an der die Beurteilung der gesamtkonjunkturellen Entwicklung des Wohnbaus nicht alleine festgemacht werden sollte. Im Zehnjahresdurchschnitt (1989/1998) wurden insgesamt pro Jahr rund 5,5 Mrd. DM in neue Wohngebäude investiert. Auch nach dem Rekordjahr 1994 wurde dieser Mittelwert bislang in jedem Genehmigungsjahr erreicht bzw. übertroffen. Von einer tief greifenden Krise des Wohnungsbaus kann derzeit sicher nicht gesprochen werden, auch wenn das strukturelle Problem einer weiter zurückgehenden Mietwohnungsnachfrage ein nicht geringes Teilrisiko für den Arbeitsmarkt darstellt.

Bauproduktion 1998 knapp über Vorjahreswerten

Die Bauproduktion ist 1998 gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Die genehmigten neuen Wohngebäude wiesen einen umbauten Raum von zusammen gut 13,6 Mill. Kubikmetern auf, das sind 1,6 % mehr als 1997 gebaut werden sollten (13,4 Mill. m³). Der Boom im Einfamilienhausbau ist auch hier verantwortlich für die positive Gesamtentwicklung. Neue Wohngebäude mit einer Wohnung hatten ein Volumen von knapp über 8 Mill. m³, das sind fast 11 % mehr als 1997 erstellt werden sollten (7,3 Mill. m³). Auf Zweifamilienhäuser entfielen mit 2,8 Mill. m³ umbauten Raumes geringfügig mehr als im Vorjahr (+ 1%). Die Volumina der genehmigten Geschosswohnbauten hingegen verringerten sich von rund 3,3 Mill. m³ (1997) auf 2,7 Mill. m³ (- 18%).

Im Schnitt wies jedes Einfamilienhaus ein Volumen von 880 m³ auf, Zweifamilienhäuser erreichten einen



Mittelwert von knapp 1 200 m³ und größere Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen (ohne Wohnheime) wiesen einen durchschnittlichen Rauminhalt von knapp über 2 500 m³ auf.

Die Wohnzwecken dienende Fläche bezifferte sich 1998 im gesamten Wohnneubau auf fast 2,4 Mill. m², damit sollten rund 1 % mehr an Wohnfläche produziert werden als 1997 in den Gebäuden geplant war. Davon entfielen gut 1,3 Mill. m² auf Wohngebäude mit einer Wohnung, gut 11 % mehr als die im Vorjahr genehmigten Gebäude aufzuweisen hatten. In Zwei- und Mehrfamilienhäusern waren jeweils rund 515 000 m² an bewohnbarer Fläche vorgesehen.

Fertighaushersteller gewinnen Marktanteile

Die Hersteller von Wohngebäuden in Fertigteilbauweise partizipierten 1998 an der starken Nachfrage nach Eigenheimen. Erfahrungsgemäß sind in diesem Bereich tätige Firmen innerhalb des Wohnungsbaus fast ausschließlich im Eigenheimbau engagiert, sodass die negative Entwicklung des Mietwohnungsbaus für die Hersteller vorproduzierter Wohngebäude ohne jeglichen Einfluss blieb. Von den 1998 insgesamt genehmigten 12 573 neuen Wohngebäuden sollten 1 915 (15,2 %) in vorgefertigter Bauweise errichtet werden. Im Vorjahr (1 550 Gebäude) hatte der Anteil an allen genehmigten Wohngebäuden mit 12,8 % niedriger gelegen. In den neuen Wohngebäuden befinden sich 2 345 (1997: 1 846) Wohneinheiten, davon waren 1 632 Einfamilien- und 494 Zweifamilienhauswohnungen. Nur 219 Wohneinheiten liegen in vorgefertigten Mehrfamilienhäusern. Gemessen an allen genehmigten Neubauwohnungen im Wohnbau (20 379) nahm die Bedeutung der Fertighaushersteller 1998 zu. Mit zusammen 2 345 genehmigten Wohneinheiten betrug ihr Marktanteil bei den genehmigten Neubauwohnungen 11,5 %. 1997 hatte der vergleichbare Wert mit 8,5 % niedriger gelegen.

Die bei den Fertighausfirmen bestellten Gebäude kosten die Bauherren – vorwiegend waren auch hier private Haushalte (1 786 Gebäude) die Auftraggeber – rund 690 Mill. DM, davon entfielen fast 550 Mill. DM auf Einfamilienhäuser. Damit betrug die Fertighausquote an den gesamten Baukosten im Neubau von Wohngebäuden fast 12 %. Sie erhöhte sich gegenüber 1997 (527 Mill. DM) um 3 Prozentpunkte. Je vorproduziertem Wohngebäude waren im Schnitt rund 360 000 DM an Baukosten kalkuliert. Einfamilienhäuser schlugen durchschnittlich für die Bauherren mit 336 000 DM zu Buche und waren etwas günstiger als konventionell geplante Gebäude, für Zweifamilienhäuser waren im Schnitt Baukosten von rund 445 000 DM veranschlagt.

Die meisten Fertighäuser sollten 1998 im Westerwaldkreis neu errichtet werden (147). 100 und mehr erteilte Baugenehmigungen für vorgefertigte Wohngebäude wurden ansonsten nur noch in dem Kreis Altenkirchen (116), dem Rhein-Hunsrück-Kreis (108), dem Landkreis Ahrweiler (104) sowie im Landkreis Alzey-Worms (100) registriert.

Gebaut wird vorwiegend auf dem Land

Naturgemäß ist der Flächenverbrauch (Grundstücksfläche) einer hohen Anzahl von geplanten Eigenheimen größer als der von weniger häufig bzw. in Hochbauweise genehmigten Geschosswohnbauten. In vielen Städten des Landes – insbesondere den kreisfreien Städten – sind die Reserven an Wohnbauflächen knapp und daher sehr teuer. Die vielerorts exorbitanten Grundstückspreise, die sich die meisten Bauwilligen im Rahmen der Gesamtfinanzierung ihres Bauvorhabens nicht leisten können oder wollen, führen in der Konsequenz bei vielen Grundstückserwerbern zu einer Errichtung des Bauvorhabens im ländlichen Raum, in dem die Kaufwerte für baureifes Land – sofern es nicht in unmittelbarer Ballungsraumnähe liegt – vergleichsweise niedrig sind.

Die geplanten neuen Bauvorhaben im Wohnbau werden vorwiegend in den Gebieten der Landkreise entstehen. Im Berichtsjahr 1998 sollten 1 619 neue Wohngebäude (13 %) in den kreisfreien Städten errichtet werden, in 10 954 Fällen (87 %) lag der Bauplatz in den Kreisgebieten. Die gleiche Quote errechnet sich für Wohngebäude mit einer Wohnung, Zweifamilienhäuser hatten ihren zukünftigen Standort sogar zu 91 % in den Landkreisen.

Die meisten Wohngebäude sollten 1998 im Westerwaldkreis entstehen (992), es folgen der Landkreis Mayen-Koblenz (887), der Kreis Neuwied (626) und der Kreis Altenkirchen mit 569 Gebäuden. Im bevölkerungsreichsten Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz wurde kreisweise eine derart hohe Anzahl an Baufreigaben für neue Gebäude nicht registriert. Spitzenreiter war hier der Kreis Alzey-Worms mit 509 Wohngebäuden.

Seit mehreren Jahren ist zu beobachten, dass es sich beim Bau von Eigenheimen in den nördlichen Landesteilen von Rheinland-Pfalz (1998: 8 731 Neubauwohnungen) wegen der vergleichsweise günstigen Baulandpreise und wegen des häufig bereits im Eigentum der angehenden Bauherren stehenden baureifen Landes um ein „Eldorado“ des Wohnbaus handelt. Mit 745 genehmigten Einfamilienhäusern lag 1998 der Westerwaldkreis klar vor dem Kreis Mayen-Koblenz (656). Mit deutlichem Abstand folgen die Kreise Altenkirchen (451), Alzey-Worms (377), Trier-Saarburg (371), Ahrweiler (344), der Rhein-Hunsrück-Kreis (340) sowie der Rhein-Lahn-Kreis (329). Mit insgesamt 4 058 Einfamilienhäusern sollen gut 44 % aller neuen Bauwerke dieser Kategorie im Regierungsbezirk Koblenz entstehen. Im Bezirk Trier sollen 1 201 (13 %) und in Rheinhessen-Pfalz, wo allerdings rund 500 000 Einwohner mehr leben als im Bezirk Koblenz, 3 882 (42 %) der Wohngebäude mit einer Wohnung errichtet werden. Je 1 000 Einwohner wurden im Bezirk Koblenz 2,7 Einfamilienhäuser genehmigt, im Bezirk Trier waren es 2,4 und im Süden des Landes nur 1,9. Bezogen auf alle neu genehmigten Wohnungen im Wohnbau (20 379) errechnen sich je 1 000 der Bevölkerung Vergleichswerte von 5,8 genehmigten Wohnungen im Bezirk Koblenz (8 731 Wohnungen), im Bezirk Trier (2 626) waren es 5,1 und in Rheinhessen-Pfalz (9 022) 4,5 Wohneinheiten.

Mehr Wohngebäude aber weniger Wohnungen fertig gestellt

Die seit 1995 jährlich nachlassende Nachfrage nach Mietwohnungen spiegelt sich je nach Dauer der Bauabwicklung auch in den Ergebnissen der Baufertigstellungsstatistik des Jahres 1998 wider. Zwar stieg die Anzahl der bezugsreifen Wohngebäude gegenüber 1997 (10 821) minimal um knapp 1 % auf 10 902 an, analog zur Baugenehmigungsstatistik sank jedoch die Anzahl der bezugsreifen Neubauwohnungen in Wohngebäuden im Vorjahresvergleich um etwa 5 % von 22 342 auf 21 149 Einheiten. Dabei büßte der Mietwohnungsbau (9 480 Wohnungen) gegenüber dem Vorjahr (10 871) fast 13 % an registrierten Fertigstellungen ein. In Zweifamilienhäusern wurden 4 334 Einheiten bezugsreif, knapp 6 % weniger als 1997 (4 606), während in Einfamilienhäusern mit 7 335 Wohneinheiten rund 7 % mehr Einheiten als 1997 (6 865) von den Wohnungsinhabern erstmals bezogen werden konnten.

Einschließlich aller Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden (in der Regel handelt es sich um Erweiterungsbaumaßnahmen) errechnet sich für das Berichtsjahr 1998 ein Fertigstellungsergebnis von insgesamt 24 061 Wohnungen, das sind 11,5 % weniger als 1997 (27 202). Dieser hohe Rückgang ist auf die geringe Anzahl von Wohnungen zurückzuführen, die durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden bezugsreif geworden sind. Mit 2 436 Wohneinheiten wurden im vergangenen Jahr 44 % weniger an solchen realisierten Veränderungsbaumaßnahmen registriert als 1997 (4 352).

Alle 1998 bezugsreif gewordenen Wohnungen im Wohnbau weisen eine Wohnfläche von gut 2,5 Mill. m² auf, die sich auf rund 114 000 Wohnräume verteilen. Davon befinden sich 2,24 Mill. m² in neu errichteten Wohngebäuden (101 000 Wohnräume). Auf Einfamilienhäuser entfiel eine durchschnittliche Wohnfläche von fast 145 m², Zweifamilienhauswohnungen waren im Schnitt rund 108 m² groß, während Geschosswohnungen über ein durchschnittlich weit geringeres Raumangebot verfügten (76 m²).

Trotz der tendenziell rückläufigen Baufertigstellungen von Wohnungen hat sich die Wohnungsversorgung der Rheinland-Pfälzer – wie in den fünf davor liegenden Jahren – 1998 erneut verbessert. Dies bedeutet, dass der Wohnungsbestand in Rheinland-Pfalz wiederum schneller gewachsen ist als die Bevölkerung. Je 1 000 Einwohner standen zum Jahresende 441 Wohnungen zur Verfügung, sechs mehr als zum Ende des Vorjahres (435). Der Nettozugang an Wohnungen (Totalabgänge und Abgänge durch Veränderungsbaumaßnahmen sind saldiert) bezifferte sich 1998 auf 23 166 Wohnungen, was den Gesamtbestand an Wohnungen auf nunmehr 1 772 124 Einheiten anwachsen ließ. Der Bestand an Einfamilienhauswohnungen hat sich binnen Jahresfrist per Saldo um 6 620 auf 700 813 erhöht. Damit befinden sich 40 % aller Bestandswohnungen in diesem Gebäudetyp, von den insgesamt vorhandenen 1 019 676 Wohngebäuden waren in Rheinland-Pfalz fast 70 % Einfamilienhäuser.

Bei einem zum 31. Dezember 1998 registrierten Bauüberhang von insgesamt 41 462 Vorhaben, der sich auf im Bau befindliche (7 548), rohbaufertige (18 874) oder noch nicht begonnene Wohnungsbauvorhaben (15 040) verteilt, und einer auf Erfahrungswerten beruhenden Nettozugangsquote von etwas mehr als 50 % ist für Ende 1999 wiederum mit einer Erhöhung des Wohnungsbestandes um rund 20 000 Wohnungen zu rechnen.

Droht ein „Crash“ im Wohnungsbau?

Angesichts der hohen Genehmigungs- und Fertigstellungsergebnisse im Eigenheimbereich stellt sich die Frage, wie lange der derzeitige Trend zu den „eigenen vier Wänden“ noch anhalten wird und wie sich andererseits der Mietwohnungsbau in naher Zukunft entwickeln wird.

Bei geringem Bevölkerungswachstum wird sich aufgrund des regional vorhandenen Überangebots an Wohnraum der Mietwohnungsbau als ein Eckpfeiler der Wohnungsbaukonjunktur in den kommenden Jahren

Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1988 bis 1998 nach der Zahl der Wohnungen

Jahr	Wohnungen insgesamt	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	Davon Wohnungen im Rahmen von ...					
			neu zu errichtenden Gebäuden			davon		
			Nichtwohngebäuden	Wohngebäuden	Einfamilienhäusern	Zweifamilienhäusern	Mehrfamilienhäusern ¹⁾	
1988	14 164	1 309	290	12 565	6 728	2 654	3 183	
1989	16 155	1 408	250	14 497	8 144	2 954	3 399	
1990	17 282	1 696	336	15 250	7 062	2 870	5 318	
1991	20 657	2 604	281	17 772	7 043	3 222	7 507	
1992	21 340	2 602	389	18 349	6 820	3 146	8 383	
1993	27 310	2 924	402	23 984	7 335	4 134	12 515	
1994	34 120	3 446	377	30 297	8 830	5 818	15 649	
1995	34 822	3 896	459	30 467	7 440	5 640	17 387	
1996	26 989	3 102	438	23 449	5 752	4 200	13 497	
1997	27 202	4 352	508	22 342	6 865	4 606	10 871	
1998	24 061	2 436	476	21 149	7 335	4 334	9 480	

1) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

Wohnungsversorgung am 31. Dezember 1998
nach Verwaltungsbezirken



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

nicht sehr standfest erweisen. Diese Entwicklung ist bereits eingetreten; der Rückgang von 21 860 im Jahr 1994 genehmigten neu zu errichtenden Geschosswohnungen auf 6 514 im Jahr 1998 spricht eine deutliche Sprache. Subtrahiert man von diesen Wohneinheiten zusätzlich noch die mit der Intention des Eigentumserwerbs geplanten und genehmigten Eigentumswohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern, so fand der reine Mietwohnungsneubau bezogen auf das Jahr 1998 in Rheinland-Pfalz nur noch in einem Umfang von ca. 3 000 bis 3 500 Wohneinheiten statt. Die derzeitige Situation beim Bau von Mietwohnungen in den großen Städten kann wie folgt beschrieben werden: Es werden bedingt durch Wohnungswechsel mit dem Streben der Mieter nach sukzessiver Verbesserung der individuellen Wohnqualität zwar neue und damit qualitativ bessere Mietwohnungen benötigt, (zurzeit) jedoch keine zusätzlichen. Probleme bei Neuvermietungen von weniger komfortablem oder in der Wohnsituation mehr oder weniger beeinträchtigtem Wohnraum sind die logische Konsequenz, zunehmende Wohnungsleerstände das Ergebnis. Im April 1998 (Mikrozensus-Zusatzerhebung) standen in mehrgeschossigen Bauwerken hochgerechnet rund 53 000 Einheiten leer, das waren rund 10 % aller registrierten Wohneinheiten (521 800) in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen. Dabei konzentrierten sich die Leerstände zum überwiegenden Teil auf mehrgeschossige Gebäude, die in der Zeitspanne 1949 bis 1979 errichtet wurden.

Wohin die Reise im rheinland-pfälzischen Wohnungsbau zum Ende des Jahrzehnts geht, wird davon abhängig sein, welche den Bau von Wohngebäuden und Wohnungen positiv oder negativ beeinflussenden Determinanten die stärkere Wirkung entfalten. In der gegenwärtigen Situation ergeben sich die positiven Einflüsse auf die Wohnungsbaukonjunktur fast ausschließlich aus der hohen Präferenz für die Bildung von Wohnungseigentum. Daneben sehen viele Bau- und Kaufwillige mit der Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion Stabilitätsrisiken für die Währung mit der Gefahr einer Entwertung ihrer Geldvermögen. Ein Wertverlust des Euro gegenüber dem Dollar könnte solche Befürchtungen verstärken; die Folge ist vielfach eine Anlage in „krisensicheres“ und wertbeständiges Wohneigentum.

Zunehmend wird vor allem jüngeren Erwerbstätigen die Notwendigkeit zusätzlicher Alterssicherungsmaßnahmen durch eine eigenfinanzierte Vorsorge bewusst. Dies steigert die Bereitschaft, in Wohneigentum zu investieren bzw. solches zu erwerben. Die bereits länger anhaltende Phase eines zwar konstanten jedoch schwach ausgeprägten Wirtschaftswachstums, gekennzeichnet von geringen Inflationsraten – also auch einer relativen Preisstabilität im Bausektor – mit der Folge eines historisch niedrigen Nominalzinsniveaus, tut ein Übriges, eine für die Haushalte tragbare Fremdfi-

nanzierung zu ermöglichen und so den Traum vom Eigenheim oder zumindest der eigenen Wohnung wahr werden zu lassen.

Legt man die hohe Zahl an Baugenehmigungen für geplante Eigentumsmaßnahmen zugrunde, so spielen offensichtlich den Wohnungsbau dämpfende Faktoren (wie z. B. hohe Grundstückspreise in den Ballungsräumen, geringe Baulandreserven in den Städten, Unsicherheit über die künftige Besteuerung von Grundvermögen) derzeit keine ausreichend starke Rolle bei geplanten Investitionen in Wohneigentum.

Für viele aufgrund ihrer personellen und maschinellen Kapazitäten besonders bei Großprojekten des Wohnungsbaus engagierte Baufirmen sind, sofern keine rechtzeitige Verlagerung auf andere Tätigkeitsfelder (wie Modernisierung vorhandenen Wohnraumes, Auftragssubstitution durch Nichtwohnbaumaßnahmen, verstärktes Engagement im Eigenheimbau) erfolgte, harte Zeiten angebrochen. Die verringerten Abschreibungsmöglichkeiten für Mietwohneinheiten, das vorhandene Überangebot an mittelmäßigen Geschosswohnungen, fehlende Erwartung realer Mietpreisstigerungen, Wegfall der Wohnungsnachfrage durch Angehörige alliierter Streitkräfte (Truppenabzug) und nicht zuletzt das geringe Bevölkerungswachstum werden insbesondere die Nachfrage nach qualitativ durchschnittlichem oder unterdurchschnittlichem Mietwohnraum trotz der sinkenden Haushaltsgrößen weiter zurückgehen lassen.

Schon zur Jahresmitte 1999 steht fest: Ein Konjunkturunbruch im Wohnungsbau insgesamt wird in diesem Jahr ausbleiben, an der Spaltung des Baugeschehens wird sich jedoch auch 1999 nichts ändern. Im 1. Halbjahr 1999 wurden bereits 5 362 neue Einfamilienhäuser genehmigt; es deutet alles darauf hin, dass in dieser Gebäudekategorie das Rekordergebnis von 1998 erreicht, vielleicht sogar übertroffen werden kann. Der Zweifamilienhausbau zeigte sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr erneut konstant, die Zahl der neu genehmigten Geschosswohnungen wird voraussichtlich am Jahresende wiederum unter dem Vorjahresergebnis liegen.

Die derzeitige konjunkturelle Hochphase im Eigenheimbau wird mit steigenden Zinsen – erste Verteuerungen von Baugeld sind am Kapitalmarkt bereits feststellbar – in 2000 in eine Konsolidierungsphase münden. Für den Bau neuer Mietwohnungen gibt es kurzfristig kaum nennenswerte Impulse. Die Anzahl der Baufreigaben für Gebäude und Wohnungen dürfte aufgrund der gegenwärtigen Ausgangslage im Jahr 2000 die Marke von 10 000 bzw. 20 000 erstmals seit 1989 wieder unterschreiten.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Das neue dialogisierte Wohngeldverfahren

Im Zuge der Modernisierung, insbesondere im Hinblick auf die volle Dialogisierung, und der Anpassung an technologische Entwicklungen wurde das EDV-Verfahren für die Wohngeld-Sachbearbeitung im Auftrag des Ministeriums der Finanzen neu entwickelt. In dem dialogisierten Wohngeldverfahren diWog+ werden die Daten für die Feststellung der Voraussetzungen und der Leistungshöhe für das Tabellenwohngeld, den Härteausschlag und die einkommensorientierte Zusatzförderung erfasst, verwaltet und ausgewertet.

DV-technischer Lösungsansatz

Die Wohngelddaten sind zentral auf dem Großrechner des Daten- und Informationszentrums Rheinland-Pfalz in Mainz gespeichert. Die insgesamt 44 Wohngeldstellen kommunizieren über Dialogprogramme mit der Wohngeld-Anwendung. Die Daten werden über das landesweite Daten- und Kommunikationsnetz (rlp-Netz) übertragen.

Durch Dialogprogramme initiierte Sonderauswertungen werden aus dem Dialogsystem ausgegliedert und im Stapelbetrieb abgearbeitet. Das Bearbeitungsende wird dem Benutzer automatisch mitgeteilt. Durch die Einbindung der Stapelverarbeitung in die Dialogprogramme werden ein hoher Durchsatz und akzeptable Antwortzeiten für Dialogaufträge erreicht.

Die Softwareentwicklung für diWog+ erfolgte in einer ADABAS/NATURAL-Umgebung unter dem Betriebssystem OS/390 und dem Transaktionsmonitor IMS/DC. ADABAS ist ein relational-orientiertes Datenbankverwaltungssystem; NATURAL ist die zu ADABAS gehörende Anwendungsentwicklungssprache der vierten Generation. Als technisches Dokumentationswerkzeug und zur Dateigenerierung wird das Datendiktionswerkzeug PRE-DICT verwendet. Das Programmpaket von diWog+ enthält heute ca. 40 Dateien, 220 Programme und 100 Bildschirmmasken.

Datenschutz

Im Rahmen von diWog+ werden personenbezogene Daten erfasst, gespeichert und ausgewertet. Verfahrensseitigen Datenschutzvorkehrungen kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Der Schutz vor unberechtigtem Zugriff auf die Wohngelddaten eines Antragstellers wird durch folgende Maßnahmen gewährleistet:

- Der Aufruf von diWog+ am Bildschirm ist nur durch die Eingabe einer persönlichen Benutzeridentifikation in Verbindung mit einem individuellen Passwort, durch die die grundsätzliche Berechtigung zur Benutzung von diWog+ ausdrücklich nachgewiesen wird, möglich.
- Der Zugriff auf Datenbereiche ist auf die dafür berechtigten Endanwender begrenzt.

- Die Berechtigung zur Benutzung von diWog+ kann für einzelne Benutzer auf einzelne oder mehrere Funktionsbereiche oder auf bestimmte Funktionen eingeschränkt werden.
- Für die Vergabe und Änderung von Passwörtern gelten bestimmte Mindestanforderungen.
- Um nachweisen zu können, wer welche Daten zu welcher Zeit erfasst, geändert oder gelöscht hat, werden alle Datenmodifikationen mit Benutzeridentifikation sowie Tagesdatum und Uhrzeit protokolliert.

Benutzeroberfläche

Die Bildschirmmasken der Dialogprogramme sind grundsätzlich gleich aufgebaut. Damit wird eine einheitliche Benutzeroberfläche für den Endanwender geschaffen.

Benutzerführung

Der Benutzer kann – ähnlich wie bei den grafischen Benutzeroberflächen – die Wohngeld-Sachbearbeitung über eine cursor-sensitive Menü-Leiste steuern. Die Menü-Leiste befindet sich immer in der dritten Bildschirmzeile und zeigt die möglichen Verarbeitungsfunktionen an. Durch Positionierung des Cursors auf eine Verarbeitungsfunktion und Drücken der Datenfreigabetaste werden entweder die möglichen Unterfunktionen (in einem Auswahlfenster) oder die Verarbeitungsmaske angezeigt. Verarbeitungsmasken dienen der Präsentation und Verarbeitung von Daten. Beim Start von diWog+ wird automatisch die Einstiegsmaske für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen bereitgestellt. Die Abbildung auf der nächsten Seite zeigt die entsprechende Benutzeroberfläche.

Erfahrene Benutzer haben in jeder Maske die Möglichkeit, über die Eingabe eines Direktkommandos (in der drittletzten Zeile) unmittelbar eine Verarbeitungsmaske auszuwählen.

Funktionstasten

In der letzten Zeile werden die zugelassenen Funktionstasten (Tasten F1 bis F12, die mit vordefinierten Verarbeitungsfunktionen belegt sind) angezeigt. Darüber hinaus hat jeder Benutzer die Möglichkeit, die Funktionstasten F13 bis F24 individuell zu belegen; dies erfolgt mit der Funktion SACHBEARBEITER im Menü SYSTEM.

Hilfetexte

Zu jedem Eingabefeld ist eine Beschreibung vorhanden. Diese kann durch Eingabe eines „?“ im entsprechenden Feld abgerufen werden. Durch Betätigen der F1-Taste kann darüber hinaus die Beschreibung zu

```

Stadtverwaltung Koblenz      W o h n g e l d  1/08.1999  WFB---1M  07.07.99
11100  Dr.Bretz            --- Blattbearbeitung ---  TLSSAA0  10:19:41
Fallbearbeitung History  Auswertungen  Extras  System  Hilfe

```

Fall- / Blatt-Nr.=> _____ / ____ / _____

Blatt-Nr.	Ant.	Recht	Verf.	Ant.	Bewilligungszeitraum	monatl.
neu	Bezug	-art		-art	-- von -- -- bis --	Lauf-Dat. Betrag WE

-> _____ * _ _ _ EOF (J/N) =>
Direktkommando

Fall- und Blatt-Nr. eingeben; ohne Blatt-Nr. => Gedächtnis !
ENTR=prüf;F1=Hilfe;F12=Abbr

jeder Maske bzw. zu jedem Fenster angezeigt werden. Die entsprechenden Hilfstexte sind im Datendiktionär PREDICT gespeichert.

Auswahlhilfe

Eingabefelder, bei denen nur bestimmte Werte erlaubt sind, sind mit einem „*“ gekennzeichnet. Durch Eingabe des „*“ im entsprechenden Eingabefeld werden die möglichen Eingabewerte in einem Fenster angezeigt. Der gewünschte Eingabewert kann anschließend durch Markierung mit „x“ in dem Fenster ausgewählt werden.

Verarbeitungsfunktionen

Mit der Anwendung diWog+ wird ein komfortables Hilfsmittel für den Zugriff auf die Wohngelddaten zur Verfügung gestellt. Der Wohngeld-Sachbearbeiter kann mit diWog+

- Anträge für Tabellenwohngeld, Härteausgleich und einkommensorientierte Zusatzförderung (EOF) bearbeiten,
- Bescheide für Tabellenwohngeld, Härteausgleich und EOF erstellen,
- Auswertungen ausführen,
- Proberechnungen durchführen,
- diWog+ benutzerspezifisch einrichten,
- Auskünfte erteilen.

Anträge bearbeiten

Bei Antragseingang wird zunächst geprüft, ob der Antragsteller bereits früher einen Wohngeldantrag

1) Angezeigt werden alle Anträge, die nicht älter als sieben Jahre sind.

gestellt hat und somit schon in der Antragsteller-Datei vorhanden ist. Hierfür stehen Suchmöglichkeiten nach den Kriterien

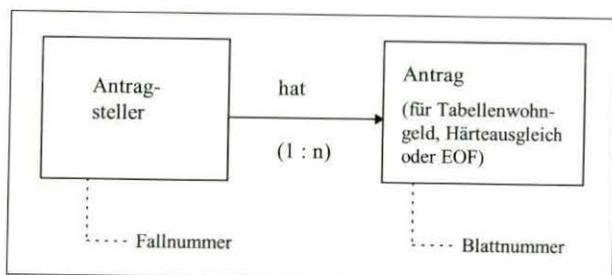
- Name (auch phonetische Suche),
- Geburtsdatum,
- Wohnort,
- Bankverbindung

zur Verfügung. Wird der Antragsteller nicht gefunden, muss er neu aufgenommen werden. Für den Antragsteller wird dann eine Identifikationsnummer (Fallnummer) automatisch vergeben. Sind Antragsteller mit dem eingegebenen Suchkriterium in der Datei vorhanden, werden diese angezeigt; durch Auswahl eines Antragstellers werden dessen Daten auf dem Bildschirm ausgegeben.

Nach der Antragstellerbearbeitung kann in die Antragsbearbeitung verzweigt werden. Hierbei werden zunächst alle Anträge, die für den Antragsteller in der Antragsdatei gespeichert sind, in einer zusammenfassenden Übersicht automatisch angezeigt.¹⁾ Zur Vereinfachung kann nun einer dieser Alt-Anträge – als Vorlage – für die aktuelle Antragsbearbeitung, Blattbearbeitung genannt, ausgewählt werden. Durch Eingabe der Antragsart (mit nachfolgendem Speichern der Daten) wird automatisch ein neuer Antrag mit eigener Antragsnummer (Blattnummer) für den Antragsteller in der Antragsdatei eingerichtet. Die nachstehende Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen Antragstellern und Anträgen.

Die Eingabe der Antragsdaten erfolgt über mehrere Bildschirmmasken, mit denen die

- Grunddaten,
- Einkommensbezieher,
- Zahlungswege für Tabellenwohngeld, Härteausgleich und EOF



erfasst werden können. Nach Eingabe und Festlegung des Auszahlungstermins wird die Berechnung (einschließlich etwaiger Abrechnungssachverhalte) des Tabellenwohngeldes, des Härteausgleichs und der EOF vollständig durchgeführt und auf der letzten Bildschirmmaske angezeigt.

Während der Bearbeitung bewirkt jede Speicherung des Antrages in die Antragsdatei, dass die eingegebenen bzw. geänderten Daten zusätzlich auch noch in eine spezielle Archivdatei, die History, gespeichert werden. Hierdurch wird eine Protokollierung der Datenmodifikationen erreicht und die Sachbearbeitung kann – über die History-Funktion – nachvollzogen werden. Nach der Speicherung des Antrages wird wieder auf die Einstiegsmaske der Antragsbearbeitung verzweigt, sodass der nächste Antrag bearbeitet werden kann.

Bescheide erstellen

Nach der Berechnung des Tabellenwohngeldes, des Härteausgleichs und der EOF hat der Sachbearbeiter die Möglichkeit, die Bescheide (für die beantragten Leistungen) am Bildschirm in einer Vorschau anzusehen und auf dem – seinem Bildschirm zugeordneten – lokalen Drucker auszudrucken. Sollte kein lokaler Drucker vorhanden oder kein lokaler Bescheidausdruck erfolgt sein, wird der Bescheid bei dem zentralen Produktionslauf im Rechenzentrum gedruckt und der Wohngeldstelle zugesandt.

Auswertungen ausführen

Die Wohngeldanträge können nach verschiedenen Möglichkeiten durchsucht und ausgewertet werden. Hierzu können bis zu zehn Suchkriterien eingegeben werden. Der Auftrag wird im Hintergrund (durch einen Batch-Job) abgearbeitet, sodass der Dialogbetrieb während dieser Zeit nicht gesperrt ist. Nach Beendi-

gung des Suchvorgangs meldet sich diWog+ beim Benutzer und informiert über den Abschluss der Verarbeitung. Als Ergebnis wird eine Liste der gefundenen Antragsteller mit den zugehörigen Anträgen auf den Bildschirm ausgegeben. Durch Markierung kann der gewünschte Wohngeldantrag ausgewählt werden.

Proberechnungen durchführen

Zur schnellen Ermittlung von Tabellenwohngeld, Härteausgleich und EOF steht die Möglichkeit der Proberechnung zur Verfügung. Hierzu sind nur die berechnungsrelevanten Grund- und Einkommensdaten einzugeben. Als Ergebnis der Proberechnung werden die ermittelten Beträge der Sozialleistungen angezeigt. Soll der Antrag nun beschieden werden, kann dieser ohne erneute Eingabe der bereits erfassten Daten vollständig eingegeben werden.

DiWog+ benutzerspezifisch einrichten

Jeder Sachbearbeiter einer Wohngeldstelle muss – durch die Vergabe von Benutzerkennung (USER-ID) und Passwort²⁾ – für die Benutzung des Verfahrens durch das Statistische Landesamt explizit zugelassen werden. Hierbei wird für den Sachbearbeiter unter anderem auch die Befugnis zur Bearbeitung der System- und Antragsdaten festgelegt. Darüber hinaus kann jeder Sachbearbeiter die Funktionstasten F13 bis F24 mit Direktkommandos individuell so belegen, dass die verschiedenen Verarbeitungsfunktionen durch Umgehung der Auswahlmasken direkt angesteuert werden können.

Alle Bildschirme einer Wohngeldstelle, von denen aus diWog+ verwendet werden soll, müssen im Verfahren eingerichtet werden. Hierbei sind auch die Drucker, die für den lokalen Bescheidausdruck eingesetzt werden sollen, den Bildschirmen verfahrensseitig zuzuordnen.

Wohngeldstatistik

Auch unter diWog+ werden – analog zu dem Alt-Verfahren – aus der Wohngeldberechnung zugleich die Daten für die bundesgesetzlich vorgeschriebene Wohngeldstatistik bereitgestellt. Plausibilitätskontrollen und zusätzliche Angaben für Zwecke der Statistik wurden in die Berechnungsverfahren mit der Folge einbezogen, dass die Wohngeldstatistik komplett aus den Daten der Wohngeldberechnung maschinell erstellt werden kann.

Dr. Manfred Bretz

²⁾ Das systemseitig vorgegebene Passwort muss vom Benutzer anschließend sofort geändert werden.

Straßenverkehrsunfälle mit Güterkraftfahrzeugen

Rechtsgrundlage für die Zusammenstellung der vorliegenden Ergebnisse ist das Gesetz über die Statistik der Straßenverkehrsunfälle vom 15. Juni 1990, zuletzt geändert durch das Erste Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsunfallstatistikgesetzes vom 23. November 1994 sowie durch die Verordnung zur näheren Bestimmung des schwerwiegenden Unfalls mit Sachschaden im Sinne des Straßenverkehrsunfallstatistikgesetzes vom 21. Dezember 1994. Danach wird über Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen oder Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind, monatlich und jährlich eine Bundesstatistik geführt.

Erhebung über Polizeidienststellen

Auskunftspflichtig sind die Polizeidienststellen, deren Beamte den Unfall aufgenommen haben. Demnach erfasst die Statistik nur Unfälle, zu denen die Polizei hinzugezogen wurde; das sind vor allem solche mit schweren Folgen. Insbesondere Verkehrsunfälle mit nur Sachschaden oder geringfügigen Verletzungen werden der Polizei zum Teil nicht angezeigt. In Rheinland-Pfalz sind 96 Polizeiinspektionen, Polizeiautobahnstationen und Polizeiwachen in den Erhebungsweg eingeschaltet, die mit der ersten Unfallaufnahme vor Ort und der abschließenden Bearbeitung in ihren Dienststellen die Grundlage für die differenzierte Aufbereitung und Übernahme der Daten auf Datenträger sowie die anschließende Zuspiegelung fahrzeugtechnischer Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes, die Veröffentlichung der Ergebnisse sowie die weitergehende Unfallforschung und -analyse schaffen.

Erhebungspapier für die Statistik der Straßenverkehrsunfälle ist die im Grundaufbau bundeseinheitliche Verkehrsunfallanzeige, die von den aufnehmenden Polizeibeamten überwiegend am Arbeitsplatzcomputer ausgefüllt wird. Üblicherweise können nicht alle Verkehrsunfallanzeigen in die aktuellen Monatsergebnisse eingearbeitet werden, da bei fehlenden oder widersprüchlichen Angaben oft zeitraubende Rückfragen nötig werden. Derartige Unfälle werden als Nachmeldungen übernommen, die dazu führen, dass das endgültige Jahresergebnis von der Summe der Monatsergebnisse geringfügig nach oben abweicht.

Abgrenzung der wichtigsten Begriffe

Insbesondere durch die Erläuterung der Grundbegriffe Unfälle, Verunglückte, Beteiligte und Unfallursachen kann die Interpretation der Straßenverkehrsunfallzahlen wesentlich erleichtert werden.

Unfälle werden nach der Schwere der Unfallfolgen unterschieden¹⁾. Kriterium der Zuordnung ist die jeweils

schwerste Unfallfolge, das heißt, dass bei einem Unfall mit nur Sachschaden keine Verkehrsteilnehmer verunglückten. Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne sind Unfälle, bei denen als Unfallursache eine Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) oder Straftat im Zusammenhang mit der Teilnahme am Straßenverkehr begangen worden ist und gleichzeitig mindestens ein Kraftfahrzeug auf Grund eines Unfallschadens von der Unfallstelle abgeschleppt werden musste. Auch alle sonstigen Sachschadensunfälle, bei denen ein Unfallbeteiligter unter Alkoholeinwirkung stand (sonstige Alkoholunfälle), werden detailliert erfasst. Alle übrigen Sachschadensunfälle werden nur zahlenmäßig entsprechend der Ortslage (innerorts, außerorts, Autobahnen) nachgewiesen.

Als Verunglückte zählen alle Personen (auch Mitfahrer), die beim Unfall verletzt oder getötet wurden. Dabei werden diejenigen Personen als Getötete erfasst, die innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen sterben. Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar zur stationären Behandlung von mindestens 24 Stunden in einem Krankenhaus aufgenommen werden. Alle übrigen Verletzten zählen zu den Leichtverletzten.

Als Beteiligte an einem Straßenverkehrsunfall werden nur Fahrzeugführer oder Fußgänger betrachtet, die selbst – oder deren Fahrzeug – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten.

Bis zu acht Ursachen je Unfall

Die Unfallursachen werden von den aufnehmenden Polizeibeamten entsprechend ihrer Einschätzung mittels Schlüsselnummern in das Erhebungspapier eingetragen. Es wird unterschieden nach allgemeinen Ursachen (zum Beispiel Straßenglätte, Nebel usw.), die dem Unfall, nicht jedoch einzelnen Beteiligten zugeordnet werden, und personenbezogenem Fehlverhalten (wie Vorfahrtsmissachtung, nicht angepasste Geschwindigkeit usw.), das bestimmten Fahrzeugführern oder Fußgängern – das heißt den Beteiligten – zugeschrieben wird.

Je Unfall können bis zu zwei allgemeine Ursachen angegeben werden. Beim ersten Beteiligten, der als Hauptverursacher gilt, und einem weiteren Beteiligten sind jeweils bis zu drei Angaben möglich, sodass je Unfall bis zu acht Unfallursachen eingetragen sein können.

Was sind Güterkraftfahrzeuge?

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf Straßenverkehrsunfälle mit Güterkraftfahrzeugen, weil diese Fahrzeuge sehr häufig am Straßenverkehr beteiligt sind. Zudem zeichnet sich der Gütertransport auf der Straße längerfristig durch erhebliche Zuwachsraten aus. Weit

1) Siehe auch Klein, Rainer: Straßenverkehrsunfälle 1998, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 6/99, S. 116 ff.

Bestands- und Verkehrsleistungsdaten von Güterkraftfahrzeugen 1980 - 1998

Jahr	Bestand an Lastkraftwagen am 31. Dezember	Fahrleistungen ¹⁾				Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke ¹⁾		
		insgesamt	Bundesautobahnen	Bundesstraßen	Landesstraßen	Bundesautobahnen	Bundesstraßen	Landesstraßen
				außerorts			außerorts	
Anzahl	Mrd. km				Güterkraftfahrzeuge je 24 Stunden			
1980	77 670	1,911	1,005	0,532	0,374	4 259	601	186
1985	77 685	2,183	1,276	0,538	0,369	4 797	566	183
1990	83 412	2,688	1,656	0,620	0,412	5 704	653	203
1991	86 140	2,735	1,686	0,625	0,412	5 724	669	201
1992	89 877	2,810	1,730	0,656	0,424	5 840	705	207
1993	92 028	2,791	1,721	0,648	0,422	5 805	698	206
1994	95 482	2,897	1,797	0,674	0,426	6 035	728	208
1995	98 826	2,958	1,852	0,685	0,421	6 217	740	206
1996	101 229	2,984	1,867	0,693	0,424	6 239	751	207
1997	108 293	3,108	1,966	0,714	0,428	6 516	778	209
1998	112 745	3,193	2,036	0,728	0,429	6 726	788	210

1) Werte für die Jahre 1996, 1997 und 1998 aus vorläufiger Fortschreibung. – Quelle: Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen Rheinland-Pfalz; Kraftfahrt-Bundesamt.

vor der Schiene und der Binnenwasserstraße ist die Straße der bedeutendste Verkehrsträger im Gütertransport. Sie garantiert maßgeblich die Leistungsfähigkeit unserer – auch international – stark arbeitsteilig organisierten Volkswirtschaft. „Just in time“-Transporte sind auch mit Blick auf möglichst geringe Lagerkosten bei gleichzeitiger Gewährleistung reibungsloser, flexibler Produktionsprozesse hierfür eine wesentliche Voraussetzung.

Als Güterkraftfahrzeuge gelten

- Liefer- und Lastkraftwagen mit Normalaufbau,
- Lastkraftwagen mit Spezialaufbau,
- Sattelschlepper mit und ohne Auflieger,
- Tankkraftwagen und nicht landwirtschaftliche Zugmaschinen.

Hierbei können Liefer- und Lastkraftwagen mit Normalaufbau, die ausschließlich oder hauptsächlich der Beförderung von Gütern dienen, mit und ohne Anhänger eingesetzt werden. Liefer- und Lastkraftwagen mit Tankauflagen, die brennbare, giftige oder ätzende Stoffe transportieren, können ebenfalls mit und ohne Anhänger betrieben werden. Bei der Betrachtung des Güterkraftfahrzeugverkehrs sind auch spezielle Tankkraftwagen zur Beförderung von gefährlichen Gütern sowie Lastkraftwagen mit Spezialaufbau – wie Milchtankkraftwagen, Betontransportmischer, Kraftfahrzeugtransportwagen, Langmaterialfahrzeuge oder Viehtransporter – von Bedeutung.

Bestand an Lastkraftwagen in den letzten 30 Jahren verdoppelt

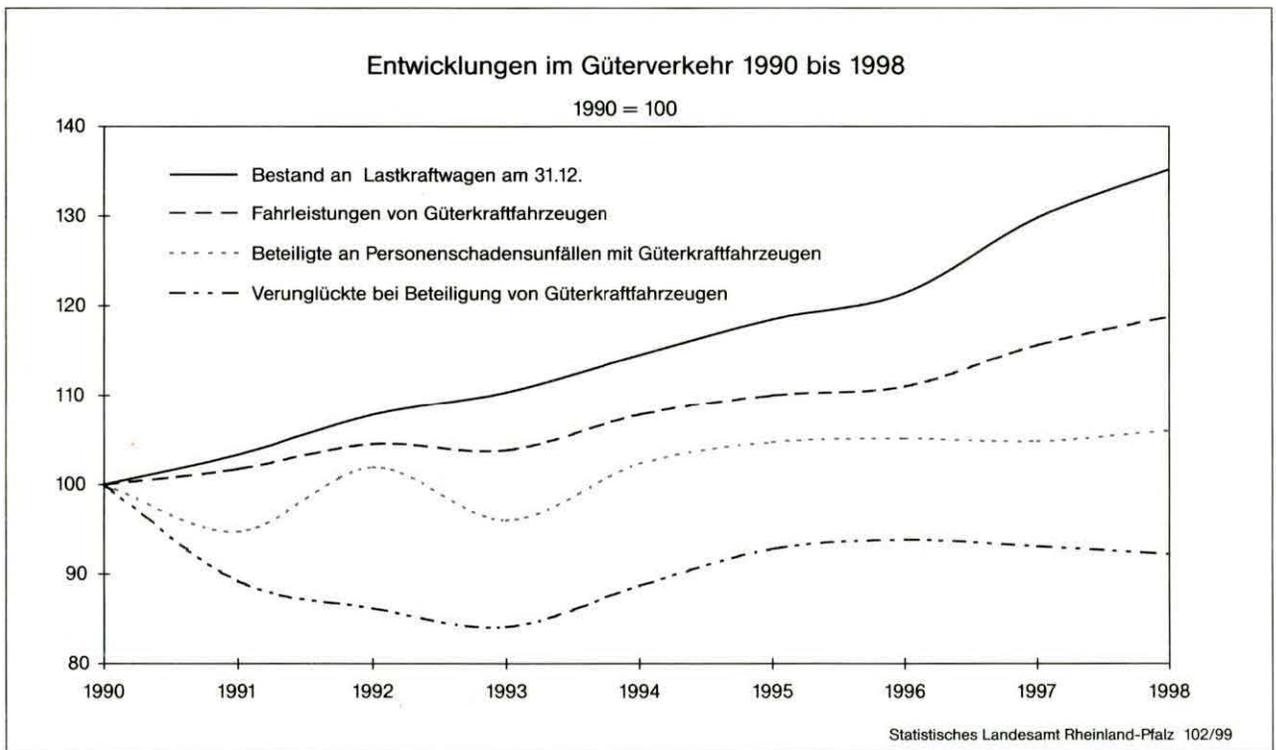
Zum 31. Dezember 1998 wurde in Rheinland-Pfalz ein Lkw-Bestand von 112 745 Fahrzeugen (Deutschland: 2 414 812) ermittelt, von denen mehr als die Hälfte (54 %) ein zulässiges Gesamtgewicht bis zu 2 800 kg aufwies. Das waren insgesamt nochmals 4,1 % mehr

Lastkraftwagen als Ende 1997. Während sich die Zahl der Lastkraftwagen von 1950 (21 661 Fahrzeuge) bis 1970 (62 987) annähernd verdreifachte und damit jährlich im Schnitt um 5,5 % zunahm, fand in den letzten 30 Jahren (1968: 56 912) eine Verdopplung des Bestandes statt. Wenngleich die Steigerungsraten der Nachkriegsjahre auf Grund des insgesamt hohen Fahrzeugbestandes heute nicht mehr erreicht werden, zeigten sich insbesondere in den 90er Jahren mit einem durchschnittlichen Zuwachs an Fahrzeugen von 3,8 % pro Jahr wieder relativ hohe Wachstumsraten. Hingegen lassen sich für die 70er (+2 %) und 80er Jahre (+0,6 %) im Mittel weniger hohe Wachstumsraten errechnen. Impulse gingen in den 90er Jahren sicherlich auch von der deutschen Wiedervereinigung aus.

Der Lkw-Bestand, der vom Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg ermittelt wird, stieg in den 90er Jahren stärker als die Fahrleistungen von Güterkraftfahrzeugen. Dies gilt auch für den aktuellen Jahresvergleich 1998 gegenüber 1997. Die Zahl der Beteiligten an Personenschadensunfällen mit Güterkraftfahrzeugen erhöhte sich von 1990 bis 1998 weniger stark als die Bestands- und Fahrleistungsdaten und war in einzelnen Jahren sogar rückläufig. Trotz steigender Bestands- und Verkehrsleistungsdaten ist insbesondere die Zahl der Verunglückten bei Beteiligung von Güterkraftfahrzeugen spürbar zurückgegangen.

Fahrleistungen im Güterverkehr stiegen überdurchschnittlich

1998 nahmen die Fahrleistungen im Güterverkehr (3,193 Mrd. km), das sind die von Güterkraftfahrzeugen aller Art außerorts zurückgelegten Fahrkilometer, mit +2,7 % gegenüber 1997 stärker zu als die Fahrleistungen im Gesamtverkehr: Letztere wuchsen um 1,7 % auf 24,691 Mrd. km. Auf Bundes- und Landesstraßen nahm der Güterverkehr 1998 gegenüber dem Vorjahr deutlich langsamer zu (+2 % bzw. +0,2 %) als auf den Bundesautobahnen (+3,6 %). Langfristige Entwicklungen werden damit fortgesetzt. Von 1980 bis 1998 zeigen sich auf Bundesautobahnen überdurchschnittliche jährliche Wachstumsraten (+4 %). Der Güterverkehr



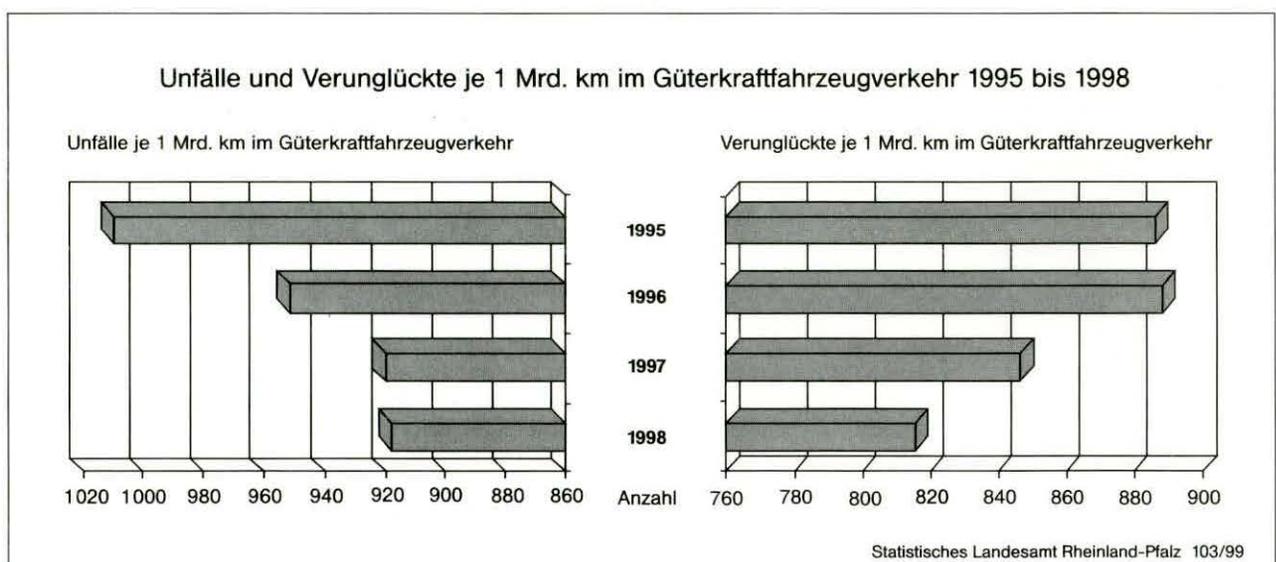
auf Bundes- (+1,8%) und Landesstraßen (+0,8%) nahm hingegen jahresdurchschnittlich weniger stark zu. Die Fahrleistungen im Güterverkehr insgesamt wuchsen im betrachteten Zeitraum um durchschnittlich 2,9% pro Jahr. Die auf allen Straßenkategorien zu beobachtenden Rückgänge im Jahr 1993 deuten auf die rückläufige konjunkturelle Entwicklung als Ursache hin.

Die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke im Güterverkehr wies 1998 gegenüber 1997 auf Bundesautobahnen einen Zuwachs um 3,2% auf 6 726 Fahrzeuge aus. Hierbei handelt es sich um die als Durchschnitt der Tageszählwerte aller Tage des Jahres berechnete Anzahl der Güterkraftfahrzeuge innerhalb von 24 Stunden, die aus den Daten der rheinland-pfälzischen Zählstellen ermittelt wird. Auf Bundes- (788; +1,3%) und Landesstraßen (210; +0,5%) fielen die

Steigerungsraten kleiner aus, womit sich längerfristige Entwicklungen auch hier erneut bestätigen. Daten zu Fahrleistungen und durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärken werden vom Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen Rheinland-Pfalz in Koblenz erhoben.

Unfall- und Verunglücktenraten entwickelten sich insgesamt rückläufig

Für die Untersuchung des Unfallgeschehens auf der Straße sind die Unfall- und die Verunglücktenrate, bei denen die Zahlen der Unfälle bzw. der Verunglückten auf die Fahrleistung bezogen werden, brauchbare und aussagefähige Größen, weil die gefahrenen Kilometer insgesamt und auch in der Differenzierung nach Straßenarten eine wichtige Bestimmungsgröße für die Un-



Verletzungsrisiko bei Unfällen mit Personenschaden 1998 nach ausgewählten Verkehrsbeteiligungsarten

Art der Verkehrsbeteiligung	Fahrzeugbenutzer ¹⁾	Verunglückte ²⁾	Anteil an Fahrzeugbenutzern	Darunter Getötete	Anteil an Fahrzeugbenutzern
	Anzahl		%	Anzahl	%
Insgesamt	48 506	22 530	46,4	341	0,7
darunter					
Personenkraftwagen	35 527	15 773	44,4	231	0,7
Güterkraftfahrzeuge	2 433	697	28,6	9	0,4
Krafträder	2 659	2 326	87,5	63	2,4
Fahrräder	2 417	2 205	91,2	27	1,1
Mopeds, Mofas	1 372	1 157	84,3	8	0,6

1) Fahrer und Mitfahrer. – 2) Nur Verunglückte in der jeweiligen Verkehrsbeteiligungsart.

fallentwicklung darstellen und insofern auch eine stärkere Korrelation aufweisen als Unfälle bzw. Verunglückte in Bezug auf die Einwohnerzahl oder auf die Länge des Streckennetzes. Für die Berechnung der Unfallrate wurden hier die Zahl der Personenschadensunfälle und die Zahl der schwerwiegenden Sachschadensunfälle herangezogen.

Die Unfall- und Verunglücktenraten gingen insgesamt, also bezogen auf alle Straßen, spürbar zurück. Ereigneten sich 1995 noch 1 010 Unfälle je 1 Mrd. von Güterkraftfahrzeugen außerorts gefahrenen Kilometern, so waren es 1998 noch 918. Maßgebend war hierbei die rückläufige Zahl der Personenschadensunfälle und schwerwiegenden Sachschadensunfälle bei gleichzeitig wachsendem Güterverkehr. Da bei kontinuierlich steigenden Fahrleistungen außerdem 1997 und 1998 die Zahl der Verunglückten sank, ging auch die Verunglücktenrate von 886 im Jahr 1995 auf 816 im Jahr 1998 zurück.

Im Vergleich zu Bundes- (724 Unfälle bzw. 1 613 Verunglückte je 1 Mrd. km) und Landesstraßen (1 128 bzw. 2 315) lässt sich für Bundesautobahnen 1998 die niedrigste Unfall- (250) und Verunglücktenrate (563) ermitteln. Dies gilt auch für zurückliegende Jahre.

Auf jeder der drei Straßenkategorien ist im Vergleich zu 1995 sowohl bei der Unfall- als auch bei der Verunglücktenrate eine im Sinne geringerer Raten positive Veränderung zu beobachten, wenngleich die Kennziffern auf Bundes- und Landesstraßen eine deutlich stärkere Abnahme zeigen als auf Bundesautobahnen. Seit 1996 – in diesem Jahr waren die Unfall- und Verunglücktenzahlen auffallend niedrig – erhöhen sich die Unfall- und Verunglücktenraten allerdings wieder.

Niedriges Verletzungsrisiko in Güterkraftfahrzeugen

Gemessen an der Zahl der Beteiligten an Unfällen mit Personen- und schwerem Sachschaden zählen in der Rangfolge Personenkraftwagen (35 726 Beteiligte), Güterkraftfahrzeuge (3 227), Krafträder (2 408), Fahrräder (2 390), Fußgänger (1 721) sowie Mopeds und Mofas (1 206) zu den wichtigsten Arten der Verkehrsbeteiligung. Gemessen an der Zahl der Verunglückten finden jedoch auf Grund unterschiedlich hoher Verletzungsrisiken einige Verschiebungen statt, die eine neue

Rangfolge ergeben: Personenkraftwagen (15 773 Verunglückte), Krafträder (2 326), Fahrräder (2 205), Fußgänger (1 639), Mopeds und Mofas (1 157) sowie Güterkraftfahrzeuge (697).

Bei insgesamt 1 882 Unfällen mit Personenschaden, an denen Güterkraftfahrzeuge im Jahr 1998 beteiligt waren, wurden in diesen Nutzfahrzeugen 2 433 Fahrzeugbenutzer (Fahrer und Mitfahrer) gezählt, von denen 697 verletzt wurden. Damit wurden knapp 29% der Fahrzeugbenutzer (1990: 23%) von Güterkraftfahrzeugen verletzt. Unter den wichtigsten Arten der Verkehrsbeteiligung weisen Güterkraftfahrzeuge damit sicherlich auch auf Grund ihrer Größe und Bauweise das niedrigste Verletzungsrisiko auf. Demgegenüber werden 44% aller Pkw-Benutzer und sogar 91% aller Fahrradbenutzer bei Unfällen verletzt. Dies gilt ähnlich auch für den Anteil der Getöteten an den Fahrzeugbenutzern. Er lag für Güterkraftfahrzeuge bei 0,4%, das heißt von den bereits genannten 2 433 Fahrzeugbenutzern wurden im letzten Jahr neun getötet. Von den 2 659 Kraftradbenutzern wurden hingegen 63 bzw. 2,4% getötet.

1998 erhöhte Unfallzahlen, aber weniger Schwerverletzte und tödliche Unfälle

1998 ereigneten sich 2 931 Straßenverkehrsunfälle mit Güterkraftfahrzeugen. Gegenüber 1997 ist das ein Plus von 2,5%. Hierbei sind sowohl bei Unfällen mit Personenschaden (1 882) als auch bei schwerwiegenden Unfällen mit Sachschaden (1 049) Zuwächse (+ 2,1% bzw. + 3,2%) zu erkennen. Bei den Personenschadens-

Verunglückte in Güterkraftfahrzeugen 1990 bis 1998 nach der Verletzungsschwere

Jahr	Insgesamt	Getötete	Schwer-verletzte	Leicht-verletzte
1990	533	7	136	390
1991	644	13	143	488
1992	614	9	117	488
1993	594	13	142	439
1994	619	15	169	435
1995	654	8	154	492
1996	677	11	161	505
1997	731	7	166	558
1998	697	9	144	544

unfällen wurden 1 922 Menschen (+ 1,2 %) leicht verletzt, während die Zahlen der Schwerverletzten (612; -6 %) und Getöteten (70; -13 %) hingegen stark zurückgingen. Mit insgesamt 2 068 Personen wurde 1998 die höchste Zahl von Beteiligten an Unfällen mit Personenschaden in den 90er Jahren ermittelt; die Zahl der Beteiligten an Unfällen mit Schwerverletzten und Getöteten ging jedoch zurück. Im Gegensatz dazu wurden deutlich mehr Beteiligte an Unfällen mit Leichtverletzten registriert.

Tendenz seit 1990: weniger Unfälle mit Personenschaden

Für den Zeitraum der 90er Jahre lässt sich lediglich für die Zahl der Unfälle mit Personenschaden eine Entwicklung ablesen, da in diesem Zeitraum die schweren Sachschadensunfälle unterschiedlich abgegrenzt und bis einschließlich 1994 nach der Höhe des wertmäßigen Sachschadens zugeordnet wurden. Seit 1990 reduzierte sich die Zahl der Unfälle mit Personenschaden im Schnitt geringfügig um 0,5 % pro Jahr. Ihren positiven Niederschlag findet diese Tendenz auch darin, dass die Verunglücktenzahl spürbar zurückging, wobei vor allem sehr viel weniger getötete und schwer verletzte Verkehrsteilnehmer zu nennen sind. Die Zahl der schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden sinkt seit 1995, dem Jahr des In-Kraft-Tretens der Verordnung zur näheren Bestimmung des schwerwiegenden Unfalls mit Sachschaden, um durchschnittlich 2,7 % jährlich. Dadurch ging in den letzten vier Jahren die Zahl der Unfälle insgesamt um 0,6 % zurück.

57 % der an Personenschadensunfällen Beteiligten lassen sich der Altersgruppe von 25 bis unter 45 Jahren zuordnen; 4,5 % der Beteiligten waren weiblich. Die meisten Unfälle mit Personenschaden, die durch Führer von Güterkraftfahrzeugen verursacht wurden, ereigneten sich 1998 zwischen 11.00 und 11.59 Uhr sowie im Berufsverkehr von 16.00 bis 16.59 Uhr. Insgesamt und auch speziell auf Bundesautobahnen sowie innerhalb von Ortschaften wurden montags die meisten Unfälle registriert. Die höchsten Werte für Beteiligte an Personenschadensunfällen wurden in den Monaten Septem-

Unfälle mit Beteiligung von Güterkraftfahrzeugen 1990 bis 1998

Jahr	Unfälle mit Personenschaden	Davon mit ...			Unfälle mit schwerem Sachschaden ¹⁾
		Getöteten	Schwer-verletzten	Leicht-verletzten	
1990	1 951	90	623	1 238	5 306
1991	1 843	78	539	1 226	2 133
1992	1 785	79	515	1 191	2 143
1993	1 692	82	472	1 138	2 148
1994	1 804	79	511	1 214	2 203
1995	1 848	85	520	1 243	1 138
1996	1 848	67	538	1 243	990
1997	1 843	70	505	1 268	1 016
1998	1 882	63	497	1 322	1 049

¹⁾ 1990: 1 000 DM und mehr bei mindestens einem Beteiligten; 1991 bis 1994: 4 000 DM und mehr bei mindestens einem Geschädigten; ab 1995: Ordnungswidrigkeit/ Straftat und Fahrzeug nicht fahrbereit.

Beteiligte an Personenschadensunfällen mit Güterkraftfahrzeugen 1980 bis 1998

Jahr	Insgesamt	Darunter unfallflüchtig	Getötete	Schwer-verletzte	Leicht-verletzte
1980	2 145	108	132	705	1 308
1981	1 895	94	112	607	1 176
1982	1 834	112	101	635	1 098
1983	1 863	123	104	670	1 089
1984	1 786	86	90	605	1 091
1985	1 693	89	80	585	1 028
1986	1 675	82	73	604	998
1987	1 785	99	82	586	1 117
1988	1 826	110	66	622	1 138
1989	1 875	101	77	604	1 194
1990	1 951	117	90	623	1 238
1991	1 847	109	87	542	1 218
1992	1 989	112	87	587	1 315
1993	1 873	119	89	526	1 258
1994	1 996	146	101	567	1 328
1995	2 043	117	96	567	1 380
1996	2 051	93	77	601	1 373
1997	2 044	122	75	573	1 396
1998	2 068	120	69	561	1 438

ber und Oktober gemeldet. Die wenigsten Beteiligten wurden für die Monate Januar und Februar ausgewiesen.

Die Beteiligten an Personenschadensunfällen mit Güterkraftfahrzeugen waren 1998 überwiegend bei Liefer- und Lastkraftwagen ohne Anhänger zu finden. Dabei überwogen die Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht bis 3 500 kg. Hingegen waren im Jahr 1990 die Liefer- und Lastkraftwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 3 501 bis 7 500 kg oder 12 001 bis 16 000 kg am häufigsten an Personenschadensunfällen beteiligt. Neben Liefer- und Lastkraftwagen mit Anhänger und einem zulässigen Gesamtgewicht des Zugfahrzeugs von 16 001 kg und mehr waren auch Sattelschlepper relativ häufig an Personenschadensunfällen beteiligt. Rund 5,8 % (1990: 6 %) der an Personenschadensunfällen Beteiligten waren 1998 unfallflüchtig. Die Art der an schwerwiegenden Sachschadensunfällen beteiligten Nutzfahrzeuge unterscheidet sich kaum von den an Personenschadensunfällen beteiligten. Unfallflüchtig waren hier jedoch im letzten Jahr 11 % (1990: 11,6 %) der 1 159 Beteiligten.

Güterkraftfahrzeuge innerorts meistens Hauptverursacher

Bei den im Jahr 1998 gemeldeten Personenschadensunfällen mit zwei Beteiligten, wobei ein Güterkraftfahrzeug als Hauptverursacher galt, war der zweite Beteiligte meistens ein Personenkraftwagen, Güterkraftfahrzeug, Fahrrad oder Fußgänger. Bei der Betrachtung aller Unfälle zwischen zwei Beteiligten, darunter einem Güterkraftfahrzeug, wurde dieses in 53 % der Fälle als Hauptverursacher eingestuft. Bei annähernd sechs von zehn Unfällen (58 %) war der zweite Beteiligte ein Personenkraftwagen. Umgekehrt war bei Personenschadensunfällen mit zwei Beteiligten, bei denen ein Güterkraftfahrzeug als zweiter Beteiligter eingestuft wurde, das heißt den Unfall nicht verursacht hatte, der Hauptverursacher sehr oft ein Personenkraftwagen, Güter-

Beteiligte an Personenschadensunfällen mit Güterkraftfahrzeugen 1998 nach der Art des Güterkraftfahrzeugs

Art des Güterkraftfahrzeugs	Insgesamt	Darunter unfallflüchtig	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte	Veränderung 1998 gegenüber 1990		
					insgesamt	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte
					Anzahl		
Güterkraftfahrzeuge insgesamt	2 068	120	561	1 438	6,0	-10,0	16,2
darunter							
Liefer- und Lastkraftwagen	1 690	107	457	1 187	2,9	-10,9	11,7
ohne Anhänger	1 316	89	348	941	7,1	-1,7	13,4
darunter mit zulässigem Gesamtgewicht							
2 001 bis 3 500 kg	547	24	144	395	189,4	176,9	206,2
3 501 bis 7 500 kg	249	8	74	171	-30,6	-30,2	-29,3
12 001 bis 16 000 kg	25	-	8	16	-75,0	-72,4	-75,8
16 001 kg und mehr	154	5	47	100	5,5	2,2	6,4
mit Anhänger	374	18	109	246	-9,4	-31,4	5,6
darunter mit zulässigem Gesamtgewicht des Zugfahrzeugs von 16 001 kg u. mehr	212	1	66	134	-5,4	-25,8	8,9
Sattelschlepper	310	11	92	199	20,6	-1,1	40,1
Lastkraftwagen mit Spezialaufbau	41	-	6	32	78,3	-25,0	113,3

kräftfahrzeug, Motorrad oder Fahrrad. Unabhängig von der Ortslage wurden bei allen Personenschadensunfällen, an denen lediglich Güterkraftfahrzeuge und Personenkraftwagen beteiligt waren, Güterkraftfahrzeuge und Personenkraftwagen annähernd gleich oft als Hauptverursacher erkannt. Anders jedoch innerhalb von Ortschaften, wo in 59 % der Fälle das Güterkraftfahrzeug als Hauptverursacher eingestuft wurde. Außerorts wurde hingegen nur in 43 % der Fälle das Güterkraftfahrzeug zum Hauptverursacher erklärt.

Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden fanden in noch stärkerem Maße mit Personenkraftwagen als Unfallgegner statt. In 83 % der Fälle war der zweite Beteiligte ein Personenkraftwagen. Insgesamt, das heißt unabhängig von der Ortslage, wurden Güterkraftfahrzeuge fast gleich oft als erster oder zweiter Beteiligter eingestuft. Speziell innerorts oder außerorts lassen sich hier kaum Unterschiede erkennen, sodass Güterkraftfahrzeuge als Hauptverursacher nicht überdurchschnittlich stark vertreten waren.

Personenschadensunfälle mit Güterkraftfahrzeugen als Hauptverursacher und Verunglückte 1998 nach ausgewählten Unfallursachen

Ausgewählte Unfallursachen ¹⁾	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte			
		insgesamt	Getötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte
Fehlverhalten der Fahrzeugführer					
darunter					
Alkoholeinfluss	27	36	-	16	20
Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot	57	79	-	8	71
nicht angepasste Geschwindigkeit	277	392	14	78	300
ungenügender Sicherheitsabstand	210	310	1	43	266
Überholen ohne Beachtung des nachfolgenden Verkehrs und/oder ohne rechtzeitige und deutliche Ankündigung des Ausscherens	34	43	-	8	35
Nebeneinanderfahren, fehlerhaftes Wechseln des Fahrstreifens beim Nebeneinanderfahren oder Nichtbeachten des Reißverschlussverfahrens	27	29	-	1	28
Nichtbeachten der die Vorfahrt regelnden Verkehrszeichen	101	133	1	26	106
Fehler beim Abbiegen	86	104	3	26	75
Fehler beim Wenden oder Rückwärtsfahren	48	59	1	17	41
Fehler beim Einfahren in den fließenden Verkehr	35	43	-	6	37
unzureichend gesicherte Ladung oder Fahrzeugzubehöriteile	29	36	-	6	30
Straßenverhältnisse					
darunter					
Schnee, Eis	33	39	-	9	30

1) Einschließlich Mehrfachzählungen, weil bei einem Unfall bis zu acht Unfallursachen eingetragen werden können.

Nicht angepasste Geschwindigkeit ist auch im Güterverkehr die häufigste Unfallursache

Bei Personenschadensunfällen im Jahr 1998, an denen Güterkraftfahrzeuge als Hauptverursacher beteiligt waren, zählten nicht angepasste Geschwindigkeit und ungenügender Sicherheitsabstand zu den meistgenannten Unfallursachen: So wurden 277 Unfälle durch die Fahrzeugführer von Güterkraftfahrzeugen verursacht, weil die Geschwindigkeit nicht angepasst war. Hierbei verunglückten 392 Menschen, darunter 14 tödlich. Darüber hinaus führte der ungenügende Sicherheitsabstand des Güterkraftfahrzeugs zu 210 Personenschadensunfällen, bei denen 310 Personen verunglückten. Sehr häufig ereignete sich ein Unfall mit Personenschaden außerdem, weil Vorfahrtsregeln nicht beachtet oder Fehler beim Abbiegen gemacht wurden. Die weitaus meisten Verunglückten waren somit Opfer eines Fehlverhaltens der Fahrzeugführer. Unzureichend gesicherte Ladung oder Fahrzeugzubehörteile, Alkoholeinfluss oder etwa Übermüdung wurden vergleichsweise selten genannt. Gegenüber 1990 fanden in der Häufigkeitsverteilung der Personen- und Sachschadensunfälle nach den wichtigsten Unfallursachen allenfalls geringfügige Verschiebungen statt.

Bei schwerwiegenden Unfällen mit Sachschaden war ebenfalls nicht angepasste Geschwindigkeit die wichtigste Ursache, allerdings gefolgt von unzureichend

gesicherter Ladung oder Fahrzeugzubehörteilen sowie Nichtbeachten der Vorfahrtsregeln. Auf Grund nicht angepasster Geschwindigkeit, die vom beteiligten Güterkraftfahrzeug ausging, ereigneten sich 138 schwerwiegende Sachschadensunfälle. Mangelhaft gesicherte Ladung oder Fahrzeugzubehörteile hatte 68 schwere Sachschadensunfälle zur Folge.

Nach Informationen des Bundesamtes für Güterverkehr in Köln wurden jüngst speziell an Gefahrgutfahrzeugen erhebliche Mängel festgestellt. So wurden im Juni 1999 bei Gefahrgutsonderkontrollen auf den Bundesautobahnen A 5, A 6 und A 61 insgesamt 405 Gefahrgutfahrzeuge kontrolliert. Hiervon mussten 51 Fahrzeuge – 28 deutsche und 23 ausländische Beförderungseinheiten – beanstandet werden. In 22 Fällen waren die Beanstandungen so gravierend, dass die Kontrolleure des Bundesamtes für Güterverkehr den betroffenen Fahrzeugführern die Weiterfahrt bis zur Behebung der Mängel untersagten. Die Mehrzahl aller Beanstandungen betraf, wie schon bei vorangegangenen Gefahrgutkontrollen, die mangelhafte Ladungssicherheit. Aus diesem Grund musste mehreren Beförderungseinheiten vorübergehend die Weiterfahrt untersagt und eine ordnungsgemäße Ladungssicherung angeordnet werden.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer

Seit 1998 erhalten die Gemeinden einen Anteil an der Umsatzsteuer als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer. Durch Artikel 10 des Gesetzes zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform vom 29. Oktober 1997 wurden die Regelungen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer im Gemeindefinanzreformgesetz verankert. Damit hat sich die Steuerbasis der Gemeinden verbreitert und sie partizipieren an einer Steuer, deren Entwicklung in sehr starkem Maße an das allgemeine wirtschaftliche Wachstum gebunden ist.

Bei den Grundsteuern und der Gewerbesteuer haben die Gemeinden durch die Festsetzung von Hebesätzen die Möglichkeit, das Aufkommen zu beeinflussen; bei den anderen Steuerarten ist dies nicht gegeben. Da ein Teil der Gewerbesteuer, nämlich die Gewerbesteuer, weggefallen und durch den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ersetzt worden ist, entfällt insoweit für diesen Teil auch das Hebesatzrecht.

Berechnungsverfahren

Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in Höhe von 2,2 % vom Aufkommen wird in einem ersten Schritt auf

die Länder und danach auf die Gemeinden aufgeteilt. Von dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer entfallen 85 % auf die alten Bundesländer und 15 % auf die neuen Bundesländer. Diese Anteile werden auf die einzelnen Länder nach Schlüsseln verteilt. Die Schlüsselzahl für ein westliches Bundesland setzt sich zusammen

- zu 70 % aus dem in einer Dezimalzahl ausgedrückten Anteil des jeweiligen Landes an der Summe des Gewerbesteueraufkommens in allen westlichen Bundesländern für die Jahre 1990 bis 1996 und
- zu 30 % aus dem Anteil des Landes an der Summe der im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1995 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesen Bundesländern.

Für die neuen Bundesländer bemisst sich die Schlüsselzahl nach dem Anteil des jeweiligen Landes an der Summe des Gewerbesteueraufkommens in den neuen Bundesländern für die Jahre 1992 bis 1996.

Die weitere Verteilung des Umsatzsteueranteils auf die einzelnen Gemeinden erfolgt nach einem durch Landesverordnung festgesetzten Schlüssel. Die Schlüsselzahl setzt sich – wie bei der Aufteilung auf die Länder – zusammen

Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1998 nach Arten, Gebietskörperschaftsgruppen und Gemeindegrößenklassen

Gebietskörperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse / Verbandsgemeindegrößenklasse nach der Zahl der Einwohner	Steuer- einnahmen insgesamt	Grund- steuer A	Grund- steuer B	Gewerbe- steuer (netto)	Gemeindeanteile an der		Sonstige Steuern und steuer- ähnliche Einnahmen ¹⁾
					Einkommen- steuer	Umsatz- steuer	
1 000 DM							
Kreisfreie Städte	1 844 561	2 518	238 200	862 270	535 430	94 047	112 096
100 000 - 200 000	1 248 822	701	140 733	665 725	311 553	64 108	66 002
50 000 - 100 000	306 226	1 082	49 768	103 331	113 227	14 942	23 876
20 000 - 50 000	289 513	735	47 699	93 214	110 650	14 997	22 218
Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise	2 975 799	31 854	405 600	786 071	1 403 984	118 726	229 564
verbandsfreie Gemeinden	782 182	2 485	111 735	280 175	331 695	41 856	14 236
50 000 - 100 000	78 119	81	12 456	27 450	32 355	4 814	963
20 000 - 50 000	287 349	673	39 866	109 684	111 573	16 329	9 224
10 000 - 20 000	346 300	1 406	49 140	123 624	151 331	17 544	3 255
5 000 - 10 000	70 414	325	10 273	19 417	36 436	3 169	794
Ortsgemeinden	1 998 843	29 369	293 865	505 896	1 072 289	76 870	20 554
10 000 - 20 000	82 571	224	11 763	31 322	33 900	4 962	400
5 000 - 10 000	528 641	2 573	76 990	177 029	242 785	26 064	3 200
3 000 - 5 000	273 759	2 631	41 268	78 197	138 720	11 274	1 669
1 000 - 3 000	667 169	10 738	98 263	150 189	378 994	23 170	5 815
unter 1 000	446 703	13 203	65 581	69 159	277 890	11 400	9 470
Verbandsgemeinden	8 751	-	-	-	-	-	8 751
20 000 - 50 000	2 636	-	-	-	-	-	2 636
10 000 - 20 000	5 196	-	-	-	-	-	5 196
5 000 - 10 000	919	-	-	-	-	-	919
Landkreise	186 023	-	-	-	-	-	186 023
Insgesamt	4 820 360	34 372	643 800	1 648 341	1 939 414	212 773	341 660

1) Einschl. Grunderwerbsteuer.

- zu 70 % aus einem prozentualen Anteil der einzelnen Gemeinde an der Summe des Gewerbesteueraufkommens aller Gemeinden im Land für die Jahre 1990 bis 1996 und
- zu 30 % aus dem prozentualen Anteil der Gemeinde an der im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1995 ermittelten Anzahl der in diesem Land sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Für die Gemeinden in den neuen Bundesländern fließt in die Berechnung der Schlüsselzahl nur das Gewerbesteueraufkommen ein.

Nach dem Gesetz zur Datenermittlung für den Verteilungsschlüssel des Gemeindeanteils am Umsatzsteueraufkommen und zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften vom 23. Mai 1998 werden die Verteilungsschlüssel 1999 mit dem Ziel einer Anpassung ab dem Jahr 2000 überprüft. Grundlagen für die Überprüfung bilden die Gewerbesteuerstatistik für das Veranlagungsjahr 1995 sowie das Gewerbesteueraufkommen für die Jahre 1990 bis 1997 (in den neuen Bundesländern: 1992 bis 1997) und die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für die Jahre 1990 bis 1998 (in den neuen Bundesländern: 1996 bis 1998).

Die Verteilungsschlüssel werden zum 1. Januar 2003 auf einen fortschreibungsfähigen Schlüssel umgestellt. Grundlagen bilden die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Beschäftigte von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) sowie die Sachanlagen, Vorräte, Löhne und Gehälter von Gewerbebetrieben, für die ein Steuermessbetrag festgesetzt wird. Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird die durchschnittliche Anzahl für den Erhebungszeitraum und seine beiden Vorjahre aus der

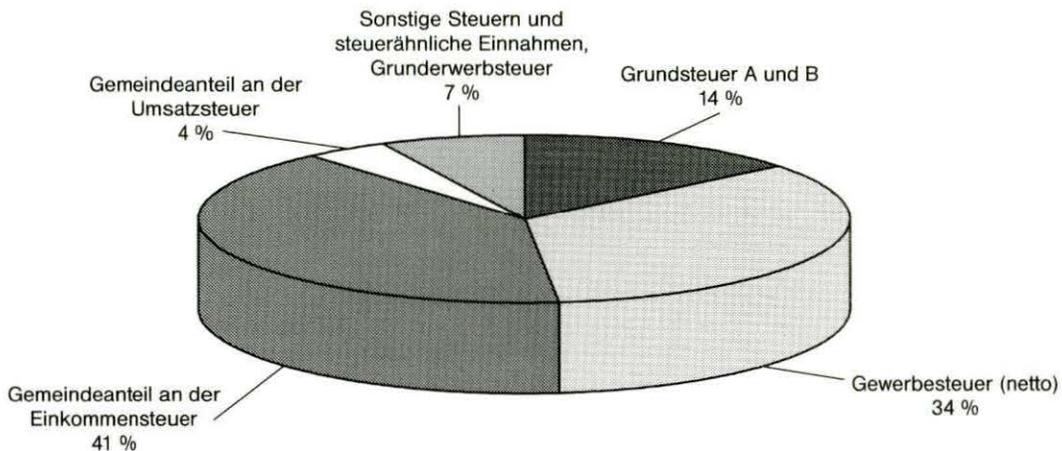
Beschäftigten- und Entgeltstatistik zum Stand vom 30. Juni des jeweiligen Jahres ermittelt. Bei den Gewerbebetrieben werden die Angaben durch die in dreijährigen Abständen durchzuführende Gewerbesteuerstatistik, erstmals für den Erhebungszeitraum 1998, erhoben. Der Verteilungsschlüssel setzt sich aus dem in einer Dezimalzahl ausgedrückten Anteil der einzelnen Gemeinde an der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl sowie den Summen der Merkmale Sachanlagen, Vorräte, Löhne und Gehälter für alle Gemeinden zusammen. Das Verhältnis der Merkmale zueinander wird durch Gesetz festgelegt.

Sind im Erhebungszeitraum Betriebsstätten zur Ausübung eines Gewerbes in mehreren Gemeinden unterhalten worden, oder hat sich eine Betriebsstätte über mehrere Gemeinden erstreckt oder ist innerhalb des Erhebungszeitraumes von einer Gemeinde in eine andere Gemeinde verlegt worden, sind die ermittelten Daten auf die einzelnen Gemeinden aufzuteilen. Die Anteile der einzelnen Gemeinden ergeben sich aus der Aufteilung des im jeweiligen Zerlegungsverfahren angewandten gewerbesteuerlichen Zerlegungsmaßstabes.

Steuereinnahmen zweitgrößte Finanzierungsquelle

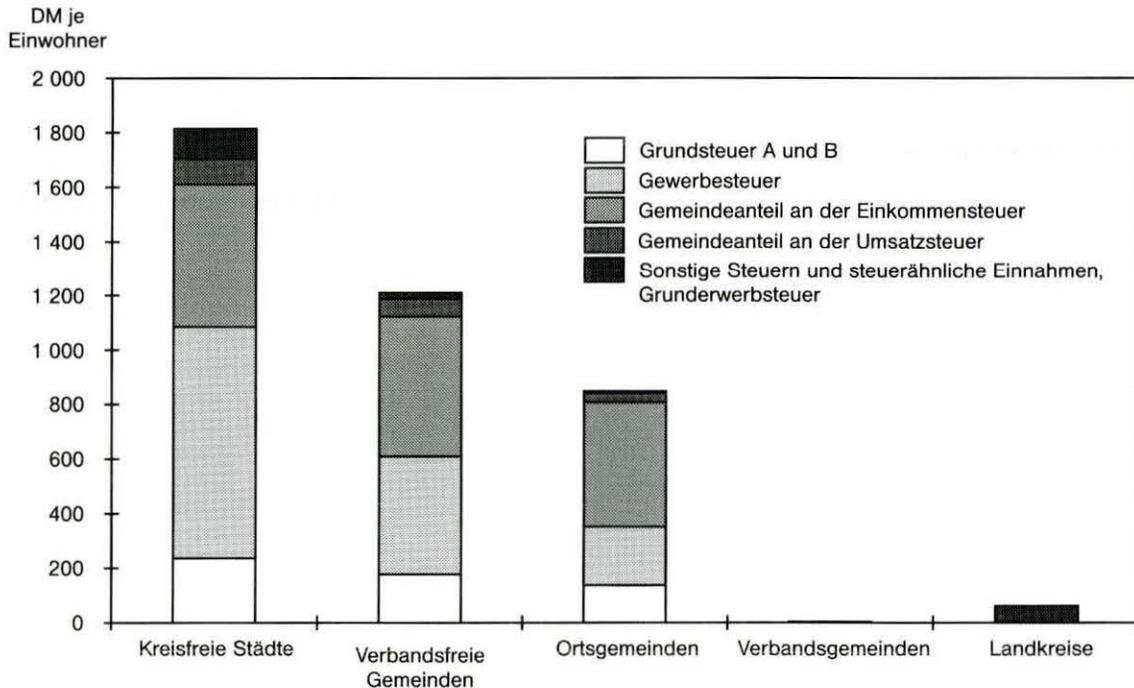
Die Steuereinnahmen sind nach den Zuweisungen und Zuschüssen die wichtigste Finanzierungsquelle für den Gemeindehaushalt. Sie beliefen sich im Jahr 1998 auf 4 820,4 Mill. DM und trugen damit 36 % zu den laufenden Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände bei. Die Quote war im Zeitablauf größeren Schwankungen unterworfen. In der Mitte der 70er und der 90er Jahre lag sie bei 35 %, Mitte der 80er Jahre erreichte sie über 40 %. Zurückzuführen ist dies auf die

Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1998 nach Arten



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 79/99

Steuereinnahmen je Einwohner der Gemeinden und Gemeindeverbände 1998 nach Arten und Gebietskörperschaftsgruppen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 80/99

relativ großen Veränderungen insbesondere bei der Gewerbesteuer und in schwächerem Maße auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Im Jahr 1970 trug die Gewerbesteuer 12% zu den laufenden Einnahmen bei, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 13%. Bis zum Jahr 1985 stiegen die Quoten auf jeweils knapp 17% an. Während der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf diesem Niveau nahezu verharrete, reduzierte sich der Wert für die Gewerbesteuer bis zum Jahr 1995 auf 11%. Im Jahr 1998 belief sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf 14,8% und für die Gewerbesteuer errechnete sich eine Quote von 12,3% der laufenden Einnahmen.

Die Grundsteuern trugen zu den laufenden Einnahmen im Schnitt der Jahre weniger als 5% bei. Es handelt sich hierbei um einen relativ konstanten Anteil, denn er bewegte sich etwa zwischen 4 und 5%. Die Grundsteuern sind nicht so ergiebig, weil als Bemessungsgrundlage überwiegend historische Einheitswerte herangezogen werden müssen. Die übrigen Steuereinnahmen erreichten nicht einmal 3% der laufenden Einnahmen. Unter den übrigen Steuern dominiert der in Rheinland-Pfalz den kreisfreien Städten und Landkreisen unmittelbar zufließende Anteil an der Grunderwerbsteuer.

Zusätzliche Einnahmen durch Umsatzsteueranteil

Für eine Übergangsperiode ist der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer eine echte Mehreinnahme für die Gemeinden, denn er fließt bereits seit dem Jahr 1998 in voller Höhe in die Gemeindekassen, obwohl das Aufkommen aus der Gewerbesteuer zunächst noch weitge-

hend ungeschmälert von der Rechtsänderung ist. Dies hat seine Ursache in dem Umstand, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer im Jahr 1998 auch aus den davor liegenden Veranlagungsperioden stammen. Lediglich im Rahmen der Vorauszahlungen für das Jahr 1998 war es möglich, als Folge des Wegfalls der Gewerbesteuer den zu zahlenden Betrag herabzusetzen. Die Veranlagungen zur Gewerbesteuer für das Jahr 1998 werden von den Finanzämtern frühestens im Jahr 1999 durchgeführt; dann kann bei der Festsetzung der Wegfall der Gewerbesteuer endgültig berücksichtigt werden. In jedem Fall ist davon auszugehen, dass die Gemeinden für mehrere Jahre neben dem Umsatzsteueranteil auch noch die Gewerbesteuer aus Veranlagungen der Jahre vor 1998, also einschließlich der Gewerbesteuer, vereinnahmen. Dies macht die konkrete Ermittlung der Auswirkungen der Rechtsänderung auf die Finanzausstattung der Kommunen zum jetzigen Zeitpunkt unmöglich. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass nach den Ergebnissen der Gewerbesteuerstatistik für das Jahr 1995 mehr als 85% des Steuermessbetrages durch den Gewerbeertrag bestimmt wurden. Daraus wird deutlich, dass nur ein relativ geringer Teil der Bemessungsgrundlagen weggefallen ist.

Die Gewerbesteuer war im Jahr 1998 trotz des Wegfalls der Gewerbesteuer für die Kommunen eine wichtige Steuerquelle. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage flossen 1 648,3 Mill. DM in die Gemeindekassen, das waren 34,2% aller Steuereinnahmen. Bedeutung hatte die Gewerbesteuer insbesondere für die kreisfreien Städte, die nahezu die Hälfte ihrer Steuereinnahmen von den Gewerbebetrieben erhielten. Bei den ver-

bandsfreien Gemeinden stellte die Gewerbesteuer mehr als ein Drittel und bei den Ortsgemeinden ein Viertel der Steuereinnahmen.

Als Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer flossen den Gemeinden im Jahr 1998 insgesamt 212,8 Mill. DM zu. Das waren 4,4% der gesamten Steuereinnahmen. Auf die kreisfreien Städte entfielen 94 Mill. DM, die Ortsgemeinden vereinnahmten 76,9 Mill. DM und die verbandsfreien Gemeinden hatten 41,9 Mill. DM zur Verfügung. Der relative Beitrag des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer stieg mit zunehmender Gemeindegröße an. In den Ortsgemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern trug er 2,6% zu den Steuereinnahmen bei, in den Ortsgemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern lag er bei 6%. Kleiner war die Spanne bei den verbandsfreien Gemeinden mit 4,5% für die untere und 6,2% für die obere Größenklasse. Am geringsten waren die Unterschiede bei den kreisfreien Städten. Hier bewegte sich die Quote zwischen 4,9% bei einer Einwohnerzahl von 50 000 bis 100 000 und 5,2% bei weniger als 50 000 Einwohnern.

Regionale Unterschiede

Im Schnitt verbuchten die Gemeinden Einnahmen aus der Umsatzsteuer in Höhe von 53 DM je Einwohner, wobei die kreisfreien Städte über 93 DM je Einwohner verfügen konnten, während die kreisangehörigen Gemeinden lediglich 40 DM je Einwohner vereinnahmten. Unter den kreisfreien Städten ragte Ludwigshafen mit 161 DM je Einwohner heraus, gefolgt von Mainz mit 109 DM je Einwohner. Koblenz lag mit 89 DM je Einwohner nur knapp unter dem Durchschnittswert für die kreisfreien Städte. Die geringsten Einnahmen verzeichneten Neustadt mit 51 DM je Einwohner und Zweibrücken mit 57 DM je Einwohner.

Die Gemeinden im Landkreis Neuwied hatten mit 58 DM je Einwohner die höchsten Umsatzsteuereinnahmen. In weiteren neun Landkreisen wurde der Durchschnitt des Landkreisbereichs übertroffen. Am unteren Ende der Skala lagen die Gemeinden im Landkreis Trier-Saarburg mit 23 DM je Einwohner.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 010	4 020	4 018	4 018	4 018
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 876	1 814	1 601	2 471	2 134	1 256 ^P	1 479 ^P	2 375 ^P	2 353 ^P
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,6	5,4	4,8	7,2	6,5	3,7 ^P	4,5 ^P	6,9 ^P	7,1 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 473	3 303	3 219	3 243	3 082
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,4	9,9	9,7	9,5	9,3
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 601	3 559	3 560	3 541	3 391
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,6	10,8	10,4	10,3
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	18	14	11	9	14
je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,2	4,3	3,5	2,7	4,3
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 128	- 256	- 341	- 298	- 309
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,4	- 0,8	- 1,0	- 0,9	- 0,9
Wanderungen über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	8 948	8 967	8 295	7 342	8 564	8 473	8 688
Fortgezogene	Anzahl	7 381	8 116	7 433	6 896	6 725	7 702	6 865
Wanderungssaldo	Anzahl	1 567	851	862	446	1 839	771	1 823
Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 861	13 867	13 560	12 218	12 897	12 955	12 685
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	163 768	156 654	158 880	151 631	147 684	156 582	150 906	144 696	142 749
Männer	Anzahl	94 978	88 177	90 774	85 710	82 371	88 342	83 838	79 596	77 235
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	10 360	9 021	.	.	7 783	9 500	.	.	6 629
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	50 739	46 932	.	.	44 162	47 794	.	.	41 898
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	9,2	8,8	8,9	8,4	8,2	8,7	8,4	7,9	7,8
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	10,3	9,7	9,8	9,4	9,1	9,7	9,3	8,8	8,7
Offene Stellen	Anzahl	24 137	27 279	31 888	31 809	31 498	31 997	33 347	34 266	32 888
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	700	799	.	.	997	1 172	.	.	1 052
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 800	5 719	.	.	6 695	5 885	.	.	6 759
Kurzarbeiter	Anzahl	7 114	4 316	5 802	3 945	2 664	7 387	5 126	5 533	5 434
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁸⁾										
Rinder	t	3 348	3 196	3 392	2 757	2 683	3 778	3 224	2 719	2 878
Kälber	t	33	28	36	24	19	46	25	24	21
Schweine	t	9 453	9 045	8 729	9 180	9 272	9 856	8 932	9 356	9 162
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 957	62 394	64 423	69 421	66 644	62 835	64 960	70 537	66 991
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3000 Haltungsplätzen	1000	15 626	15 581	15 732	15 749	14 880	15 146	14 464	14 347	13 505
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 324	2 276	2 268	2 270	2 268	2 258	2 255	2 267	2 274
Beschäftigte	1000	312	312	310	310	311	309	306	307	307
Arbeiter ¹⁰⁾	1000	201	200	199	199	200	198	196	196	197
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 567	26 611	27 144	26 265	26 630	28 575	26 546	25 320	26 447
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 680	1 711	1 598	1 640	1 885	1 606	1 636	1 661	1 897
Löhne	Mill. DM	901	913	859	887	954	861	884	880	968
Gehälter	Mill. DM	779	798	739	753	931	745	753	782	929
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 287	9 480	9 870	9 334	9 625 ^f	10 483	9 500	9 220	9 996
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 883	3 876	4 130	3 812	3 924 ^f	4 331	3 991	3 815	4 219
Exportquote ¹¹⁾	%	41,8	40,9	41,8	40,8	40,8	41,3	42,0	41,4	42,2

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 11) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997		1998			1999			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	6 673	4 311	-	-	5 144 ^r	3 487	-	-	2 698
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ¹⁾²⁾	Mill. kWh	8 680	9 686	-	-	9 183 ^r	10 556	-	-	10 021
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000 t	71	65	-	-	59	78	-	-	60
davon										
leichtes Heizöl	1 000 t	37	33	-	-	28	41	-	-	30
schweres Heizöl	1 000 t	34	32	-	-	31	37	-	-	30
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 153	1 146	1 138	1 153	1 173	1 182	1 127	1 136	1 114
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	209	165	163	166	164	168	153	185	154
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	410	564	582	416	315	719	659
Eigenverbrauch	Mill. kWh	24	24	21	20	17	28	22
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	386	540	561	396	298	692	636
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	73	81	126	80	54	104	131
Wind- und Solarenergie	Mill. kWh	0,12	0,18	0,19	0,11	0,14	0,28	0,24
Wärmekraft	Mill. kWh	313	459	435	316	261	588	505
Steinkohle	Mill. kWh	80	82	78	90	81	91	60
Erdgas	Mill. kWh	217	366	347	215	152	481	434
Heizöl	Mill. kWh	5,88	0,61	0,05	0,06	0,21	0,15	0,06
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	10	10	11	11	11	16	12
Stromeinspeisung	Mill. kWh	12	24	23	21	19	32	27
darunter von Betreibern										
regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	7	17	16	15	13	23	20
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 169	3 222	3 108	3 035	3 268	3 051	2 575
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 483	1 648	1 622	1 482	1 649	1 473	1 162
Stromabgabe an das öffentl. Netz ³⁾	Mill. kWh	2 085	2 137	2 070	1 970	1 935	2 302	2 076
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,35	0,49	0,06	0,27	0,26	0,17	0,18
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 412	5 625	5 523	4 192	3 568	7 100	5 724
Verfügbare Gasmenge ⁴⁾	Mill. kWh	5 369	5 617	5 519	4 189	3 565	7 087	5 644
Handwerk⁵⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1994=100	89	88	-	-	89	97	-	-	95
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1994=100	96	99	-	-	97	89	-	-	102
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁶⁾										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	47 644	48 170	48 906	48 622	49 099	47 007	47 147	47 439	47 779
Facharbeiter	Anzahl	25 556	24 837	25 306	25 143	25 303	24 204	24 458	24 825	25 422
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 474	8 962	9 020	9 023	9 300	8 576	8 617	8 511	8 326
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 754	4 887	5 391	5 172	5 501	4 954	5 074	4 922	5 543
Hochbau insgesamt	1 000	3 038	3 163	3 489	3 325	3 539	3 179	3 195	3 082	3 482
Wohnungsbau	1 000	1 967	2 188	2 414	2 320	2 464	2 069	2 154	2 055	2 418
gewerblicher Hochbau	1 000	798	741	811	758	807	884	797	772	802
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	730	701	791	704	764	861	768	739	756
Bahn und Post	1 000	44	27	11	41	15	8	14	15	25
landwirtschaftlicher Bau	1 000	24	14	9	13	28	15	15	18	21
öffentlicher Hochbau	1 000	274	234	264	247	267	226	244	255	262
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	66	49	46	41	58	55	45	65	59
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	208	185	218	206	209	171	199	190	203
Tiefbau insgesamt	1 000	1 716	1 725	1 902	1 847	1 963	1 775	1 879	1 840	2 061
gewerblicher Tiefbau	1 000	448	467	543	470	480	501	490	446	511
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	361	372	416	396	385	407	335	325	371
Bahn und Post	1 000	88	95	127	74	95	94	155	121	140
öffentlicher Tiefbau	1 000	565	589	653	671	695	587	608	600	732
Straßenbau	1 000	703	669	706	706	788	687	781	794	818
Löhne und Gehälter	Mill. DM	199	196	204	195	202	183	209	197	205
Löhne	Mill. DM	154	151	161	150	155	138	162	151	158
Gehälter	Mill. DM	46	46	43	45	47	45	48	46	47
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	676	708	674	660	713	618	669	739	772

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. - 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). - 3) Einschließlich Übertragungsverluste im öffentlichen Netz. - 4) Einschließlich Messdifferenzen. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
	Anzahl	1 009	1 048	1 146	1 245	1 196	1 439	1 301	1 157	1 347
mit 1 Wohnung	Anzahl	704	762	823	879	869	1 072	1 002	857	1 005
mit 2 Wohnungen	Anzahl	195	197	203	257	230	258	221	210	257
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	110	89	120	109	97	109	78	90	85
Umbauter Raum	1000 m ³	1 117	1 135	1 247	1 389	1 266	1 520	1 394	1 237	1 356
Wohnfläche	1000 m ²	197	199	221	244	218	269	244	215	241
Wohnräume	Anzahl	9 044	8 835	9 578	10 779	9 809	12 438	10 543	9 413	10 391
Veranschlagte Kosten der Bauwerke										
	Mill. DM	482	487	534	601	542	658	591	538	590
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	3	2	4	1	7	3	6	3
Unternehmen	Anzahl	146	159	129	145	175	224	226	141	193
Private Haushalte	Anzahl	860	885	1 015	1 096	1 020	1 208	1 072	1 010	1 151
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
	Anzahl	184	200	196	192	231	275	228	213	268
Umbauter Raum	1000 m ³	881	919	747	780	893	1 172	1 235	734	1 440
Nutzfläche	1000 m ²	143	157	130	133	151	189	195	130	240
Veranschlagte Kosten der Bauwerke										
	Mill. DM	192	190	150	185	187	280	240	183	298
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	20	19	24	21	28	17	20	27
Unternehmen	Anzahl	155	170	162	161	198	237	196	183	229
Private Haushalte	Anzahl	11	9	15	7	12	10	15	10	12
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 128	1 964	2 121	2 309	2 170	2 550	2 196	2 012	2 329
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 490	3 474	3 632	3 732	3 520	4 153	3 560	3 357	...
EU-Länder	Mill. DM	1 954	1 923	2 115	2 014	1 953	2 397	2 074	1 954	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	232	225	272	249	225	291	241	225	...
Dänemark	Mill. DM	59	55	61	56	58	68	65	50	...
Finnland	Mill. DM	28	28	31	29	26	31	26	24	...
Frankreich	Mill. DM	464	468	459	536	468	660	515	469	...
Griechenland	Mill. DM	27	26	25	32	27	30	32	30	...
Großbritannien	Mill. DM	294	282	308	275	279	324	266	282	...
Irland	Mill. DM	13	15	23	15	13	28	18	18	...
Italien	Mill. DM	246	240	281	254	257	325	290	302	...
Niederlande	Mill. DM	220	207	256	205	229	202	190	162	...
Österreich	Mill. DM	144	145	148	147	145	154	147	125	...
Schweden	Mill. DM	57	52	58	47	50	62	64	64	...
Spanien	Mill. DM	143	151	165	144	149	190	188	167	...
Portugal	Mill. DM	25	27	27	26	28	32	31	36	...
USA und Kanada	Mill. DM	253	277	295	282	295	339	310	273	...
Japan	Mill. DM	83	72	68	71	56	65	64	64	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	529	482	466	473	457	527	437	415	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	301	361	351	502	408	420	358	349	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 376	2 511	2 689	2 507	2 700	2 690	2 420	2 256	...
EU-Länder	Mill. DM	1 516	1 552	1 741	1 617	1 579	1 718	1 469	1 336	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	253	303	329	367	310	315	324	221	...
Dänemark	Mill. DM	47	45	45	41	48	42	51	51	...
Finnland	Mill. DM	10	11	16	11	15	11	16	11	...
Frankreich	Mill. DM	374	367	481	320	325	417	339	302	...
Griechenland	Mill. DM	2	2	4	3	2	1	2	5	...
Großbritannien	Mill. DM	113	120	126	104	144	121	128	95	...
Irland	Mill. DM	20	20	20	20	19	15	7	14	...
Italien	Mill. DM	174	174	180	158	185	205	173	188	...
Niederlande	Mill. DM	253	255	265	309	230	248	171	236	...
Österreich	Mill. DM	81	86	104	84	92	91	88	63	...
Schweden	Mill. DM	49	44	24	83	81	58	36	22	...
Spanien	Mill. DM	115	100	115	95	103	166	101	105	...
Portugal	Mill. DM	25	24	30	23	27	27	31	23	...
USA und Kanada	Mill. DM	160	199	216	180	204	205	212	203	...
Japan	Mill. DM	83	86	98	85	111	89	84	58	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	187	184	156	171	161	162	160	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	196	224	228	239	219	259	252	249	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,4	95,2	94,9	94,7	93,4	94,1	91,0	92,0	88,0
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	104,1	105,9	104,9	104,5	104,1	106,6	100,2	101,3	96,3
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,5	98,6	99,8	99,3	93,2	109,2	96,1	97,1	94,5
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	97,7	99,0	99,3	99,1	98,6	99,1	95,8	96,5	96,4
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	103,9	104,4	104,6	103,0	106,2	119,7	103,8	102,2	110,5
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	93,5	97,0	98,3	96,3	92,4	91,3	91,2	89,6
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	97,5	101,3	105,2	106,4	105,4	99,9	93,8	93,5	91,9
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,1	97,7	95,8	112,6	104,4	88,1	95,5	112,1	103,1
Tourismus in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	507	536	456	752	627	400	536	674	655
Ausländer	1000	101	107	93	140	123	67	101	130	130
Übernachtungen	1000	1 626	1 671	1 458	2 075	1 871	1 161	1 526	2 005	2 000
Ausländer	1000	308	314	260	358	337	168	252	383	367
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1000 t	1 364	1 343	1 399	1 347	1 424	1 508	1 231	1 204	...
Güterversand	1000 t	803	703	762	673	704	726	695	582	...
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 873	16 350	17 163	18 029	18 811	24 521	23 188	21 936	23 144
Krafträder	Anzahl	1 512	1 339	2 656	2 282	2 109	3 296	2 496	1 939	1 935
Personenkraftwagen										
und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 235	13 728	13 140	14 371	15 270	19 404	19 152	18 557	19 569
Lastkraftwagen	Anzahl	799	903	858	880	940	1 081	1 017	948	501
Zugmaschinen	Anzahl	192	232	280	298	324	452	296	289	311
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 488	1 493	1 442	1 771	1 705	1 423	1 471	1 808	1 798 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 007	8 110	7 778	7 548	7 601	8 232	8 184	8 457	8 384 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 025	2 016	1 966	2 355	2 245	1 926	1 928	2 363	2 409 ^p
Getötete	Anzahl	32	32	30	44	39	16	22	29	42 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	19	19	21	19	24	11	12	17	23 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	3	14	8	1	5	3	13 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	2	1	4	3	2	1	4	4 ^p
Fußgänger	Anzahl	4	4	4	4	3	1	2	4	1 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	490	467	406	573	575	414	436	548	609 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	266	258	255	244	266	252	211	216	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	97	96	68	188	166	78	114	172	...
Radfahrer	Anzahl	56	47	34	72	78	36	47	82	...
Fußgänger	Anzahl	50	47	38	47	43	37	44	57	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse ³⁾	Anzahl	104	117	112 ^r	109 ^r	90	122	85	97 ^r	100
Angemeldete Forderungen	1000 DM	75 825	101 682	121 676 ^r	77 910	126 432	142 275	77 710	56 364	38 345
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	155 992	171 495	.	.	162 375
Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	151 431	164 256	.	.	156 637
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	25 244	26 661	.	.	25 596
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	23 874	25 714	.	.	24 681
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 370	947	.	.	915
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 556	11 481	.	.	11 837
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 977	10 156	.	.	10 367
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 579	1 325	.	.	1 470
Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	114 631	126 114	.	.	119 204
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	99 743	110 800	.	.	103 525
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	14 888	15 314	.	.	15 679
Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	126 194	134 028	.	.	126 944
Sichteinlagen	Mill. DM	25 273	29 385	.	.	25 108
Termineinlagen	Mill. DM	40 417	41 561	.	.	41 195
Spareinlagen	Mill. DM	60 504	63 082	.	.	60 641
Steuern ²⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 344	3 642	2 796	3 580	4 329	3 367	3 211	4 170	3 899
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 359	1 439	630	1 394	2 048	1 372	852	1 834	1 764
Lohnsteuer	Mill. DM	1 088	1 133	804	1 324	891	830	879	1 474	921
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. DM	179	188	–	495	–	–	–	541	–
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	20	23	– 243	– 196	278 ^f	83	– 115	– 123	382
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	57	117	37	19	410	9	31	362	77
Zinsabschlag	Mill. DM	41	46	17	94	9	9	18	79	12
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. DM	59	22	–	84	–	–	–	66	–
Körperschaftsteuer	Mill. DM	153	120	15	153	460	441	40	43	372
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	Mill. DM	12	8	–	43	–	–	–	29	–
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 986	2 203	2 166	2 186	2 281	1 996	2 359	2 337	2 135
Umsatzsteuer	Mill. DM	684	707	608	823	727	556	673	822	701
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 302	1 496	1 558	1 363	1 554	1 440	1 686	1 514	1 434
Zölle	Mill. DM	218	200	210	189	172	173	196	168	158
Bundessteuern	Mill. DM	250	230	148	196	253	284	186	220	239
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	153	152	108	141	136	186	118	145	135
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	87	66	30	46	106	88	57	64	94
Landessteuern	Mill. DM	111	128	133	129	138	145	134	195	141
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	2	4	3	6	3	6	6
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	65	68	84	78	79	71	72	65	70
Biersteuer	Mill. DM	7	7	6	8	8	6	7	7	8

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	782	787	-	-	819	737	-	-	855
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	-	-	9	10	-	-	7
Grundsteuer B	Mill. DM	154	161	-	-	170	152	-	-	181
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	536	532	-	-	549	505	-	-	577
Grundwerbsteuer	Mill. DM	63	66	-	-	65	55	-	-	70
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 899	1 974	1 587	1 800	2 426 ^f	1 933	1 799	2 236	2 124
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	594	630	272	607	936	617	368	811	784
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 046	1 103	1 143	997	1 237 ^f	1 032	1 220	1 205	1 102
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 067	1 113	776	1 127	1 427	922	883	1 355	1 230
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	537	565	216	554	860	530	277	725	686
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	391	387	344	443	428	246	387	433	402
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 134	1 180	-	-	1 213	984	-	-	1 246
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. DM	432	406	-	-	442	431	-	-	477
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	457	471	-	-	458	290	-	-	442
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	-	48	-	-	43	30	-	-	50
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	103,2	104,1	103,9	104,2	104,4	104,3	104,6	104,7	104,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	102,0	103,0	103,5	104,1	104,3	102,8	103,1	103,1	102,6
Löhne und Gehälter										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 387	4 483	4 466	-	-	-	4 557	-	-
Arbeiter	DM	4 545	4 637	4 623	-	-	-	4 705	-	-
Arbeiterinnen	DM	3 210	3 320	3 280	-	-	-	3 394	-	-
Bruttostundenverdienste	DM	26,39	26,90	26,80	-	-	-	27,49	-	-
Arbeiter	DM	27,21	27,72	27,61	-	-	-	28,29	-	-
Facharbeiter	DM	29,01	29,67	29,51	-	-	-	30,34	-	-
Angelernte Arbeiter	DM	25,99	26,43	26,32	-	-	-	26,96	-	-
Hilfsarbeiter	DM	22,61	22,99	22,96	-	-	-	23,31	-	-
Arbeiterinnen	DM	20,06	20,52	20,45	-	-	-	21,03	-	-
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,34	19,73	19,69	-	-	-	20,05	-	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,3	38,3	-	-	-	38,1	-	-
Arbeiter	Std.	38,4	38,4	38,5	-	-	-	38,3	-	-
Arbeiterinnen	Std.	36,8	37,2	36,9	-	-	-	37,1	-	-
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 221	6 356	6 302	-	-	-	6 480	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	5 669	5 794	5 777	-	-	-	5 888	-	-
Männer	DM	6 601	6 701	6 696	-	-	-	6 796	-	-
Frauen	DM	4 624	4 753	4 714	-	-	-	4 834	-	-
Technische Angestellte	DM	6 645	6 789	6 710	-	-	-	6 943	-	-
Männer	DM	6 787	6 930	6 847	-	-	-	7 084	-	-
Frauen	DM	5 186	5 371	5 317	-	-	-	5 527	-	-
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 511	4 585	4 549	-	-	-	4 688	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 491	4 561	4 526	-	-	-	4 673	-	-
Männer	DM	5 147	5 210	5 174	-	-	-	5 342	-	-
Frauen	DM	3 874	3 933	3 899	-	-	-	4 031	-	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	82 051	...	82 016	82 014	82 018
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	35 231	34 715 ^P	22 250 ^P	30 152 ^P	48 361 ^P	15 621 ^P	23 224 ^P	27 910 ^P	48 381 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	67 681	65 188 ^P	66 323 ^P	64 522 ^P	62 642 ^P	59 165 ^P	65 880 ^P	61 466 ^P	65 049 ^P
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 699	70 910 ^P	80 269 ^P	72 137 ^P	66 554 ^P	77 343 ^P	86 475 ^P	67 214 ^P	66 510 ^P
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-4 018	-5 722 ^P	-13 946 ^P	-7 615 ^P	-3 912 ^P	-18 178 ^P	-20 595 ^P	-5 748 ^P	-1 461 ^P
Arbeitslose	1000	4 384	4 279	4 623	4 421	4 197	4 465	4 288	4 145	3 998
Männer	1000	2 342	2 273	2 522	2 370	2 229	2 466	2 327	2 206	2 104
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	11,4	11,1	12,1	11,4	10,9	11,6	11,1	10,7	10,2
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	12,7	12,3	13,4	12,7	12,0	12,8	12,3	11,9	11,4
Offene Stellen	1000	337	422	446	469	484	451	496	508	502
Kurzarbeiter	1000	183	118	170	143	119	161	167	136	137
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁶⁾										
Beschäftigte	1000	6 416	6 405	6 368	6 371	6 374	6 365	6 368	6 335	6 331
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	533	537	572	543	520	509	575	534	506
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	183 374	189 235	204 851	187 462	181 539	172 410	211 260	187 322	182 009
Auslandsumsatz	Mill. DM	58 117	62 764	67 943	62 274	59 839	59 236	72 814	63 406	61 840
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	104,1	109,3	118,6	109,0	105,4	100,2 ^f	118,5 ^f	107,1	103,4
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	104,9	109,5	118,2	110,8	107,6	100,7	118,7 ^f	108,8	105,6
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	105,2	113,9	125,0	110,9	106,9	99,9	120,3 ^f	109,0	104,1
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,7	108,9	123,3	109,6	103,8	108,6	122,8 ^f	109,3	104,3
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,8	101,0	105,3	100,5	96,9	94,1 ^f	108,6 ^f	98,0	95,6
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	40 564	41 084 ^f	44 547	40 446	37 643	42 576	44 513
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 143	31 403 ^f	34 736	32 803	28 165	32 498
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁷⁾										
Beschäftigte	1000	1 221	1 156	1 150	1 167	1 172	1 034	1 062	1 088	1 096
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	123	116	118	123	121	72	114	118	114
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	17 530	16 741	16 912	14 980	15 630	10 248	13 837	15 523	16 145
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	18 433	19 364	19 706	19 982	22 384	14 675	19 646	19 883	20 562
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 223	17 594	17 976	18 163	20 396	13 453	18 101	18 421	19 110
Wohnfläche	1000 m ²	3 639	3 521	3 552	3 652	4 095	2 615	3 456	3 474	3 594
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 355	3 622	3 432	3 593	4 302	2 873	3 525	3 509	3 460
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	44 110	39 809	38 588	40 798	45 870	28 652	37 567	37 331	38 932
Handel und Gastgewerbe⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,1	102,6	110,3	101,7	101,5	89,1	114,9	102,3	100,1
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,2	102,6	113,8	105,2	100,9	88,6	115,4	99,5	97,4
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,9	95,1	90,0	92,2	105,2	78,6	88,1	91,2	104,4

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). - 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). - 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. - 8) Vorläufige Ergebnisse. - 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	74 051	79 178	83 688	83 939	77 756	75 443	84 109	80 770	77 140
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	41 129	44 623	45 407	49 085	43 113	44 784	46 492	46 658	45 147
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 306	4 492	4 516	5 087	4 316	4 507	4 766	4 443	4 373
Frankreich	Mill. DM	7 868	8 815	8 986	9 705	8 397	9 548	8 996	9 459	9 038
Großbritannien	Mill. DM	6 247	6 821	6 826	7 525	6 320	6 613	7 342	6 835	6 464
Italien	Mill. DM	5 421	5 863	6 229	6 711	6 023	5 966	6 248	6 103	6 274
Niederlande	Mill. DM	5 255	5 422	5 572	6 037	5 069	5 230	5 276	5 432	5 081
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	64 346	67 836	70 936	72 286	63 260	64 203	72 533	69 395	70 476
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	35 369	36 729	37 434	40 560	34 605	34 384	38 204	36 858	40 028
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 952	3 827	3 522	4 168	4 060	3 206	3 696	3 876	3 796
Frankreich	Mill. DM	6 758	7 513	8 394	8 110	7 262	6 687	8 107	7 778	7 670
Großbritannien	Mill. DM	4 528	4 686	5 001	4 960	4 149	4 042	4 402	4 304	5 787
Italien	Mill. DM	5 090	5 276	5 151	5 796	4 967	4 912	5 435	4 940	5 661
Niederlande	Mill. DM	5 628	5 464	5 083	6 522	4 808	4 949	5 372	5 580	5 801
Geld und Kredit¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 960	4 675	5 062	5 105	5 116
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 760	3 536	3 824	3 857	3 878
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 200	1 139	1 238	1 247	1 238
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	3 020	2 930	2 992	2 996	3 007
Spareinlagen	Mrd. DM	1 182	1 143	1 186	1 181	1 178
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	46 952	50 061	51 882	39 345	40 420	41 083	52 478	42 689	44 540
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	26 150	28 353	34 740	18 353	16 872	16 606	33 746	20 433	20 360
Lohnsteuer	Mill. DM	20 723	21 523	18 232	18 457	19 468	17 637	18 401	19 366	20 155
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	480	926	4 420	- 3 834	- 3 442	- 2 688	2 740	- 1 685	- 2 366
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 075	20 851	17 142	19 269	22 962	24 337	18 733	20 464	23 528
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 661	16 974	13 320	15 371	19 265	21 124	14 563	16 231	19 680
Zölle	Mill. DM	575	540	549	572	526	401	550	537	489
Bundessteuern	Mill. DM	11 272	10 876	10 875	8 876	10 522	8 806	11 832	9 666	10 244
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 177	1 163	1 045	775	995	4 511	1 060	799	929
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 935	7 996	7 754	7 069	8 449	3 213	8 476	7 578	8 028
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ²⁾	1991 = 100	107,5	103,6	106,6	105,9	104,7	101,0	101,8	102,5	102,4
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²⁾	1991 = 100	92,5	87,1	92,7	90,9	88,8	84,2	84,7	83,5	84,2 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²⁾	1995 = 100	99,9	99,5	100,0	100,0	100,0	97,7	97,7	98,3	98,3
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	99,0	98,7	-	-	99,0	98,4	-	-	98,3
Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1995 = 100	99,1	98,7	-	-	99,0	98,3	-	-	98,3
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	96,6	95,7	-	-	96,0	95,3	-	-	95,2
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1995 = 100	103,3	104,3	104,0	104,1	104,4	104,3	104,4	104,8	104,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	102,0	103,0	103,1	103,6	104,2	103,0	102,9	103,2	103,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	102,7	104,7	102,9	103,0	105,4	105,5	105,5	105,5	105,6
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,1	101,5	101,3	101,5	101,5	101,6	101,8	101,8	101,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	105,1	106,0	105,7	106,0	106,1	106,1	106,4	107,4	107,4
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,1	101,8	101,4	101,7	101,8	102,0	102,0	102,1	102,2
Gesundheitspflege	1995 = 100	108,7	114,4	114,1	114,6	114,6	110,4	110,4	110,5	110,5
Verkehr	1995 = 100	104,3	104,7	104,0	104,7	104,7	104,6	104,9	107,0	106,4
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,9	97,3	97,1	97,5	97,5	89,0	90,0	88,7	88,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	102,5	103,1	103,7	101,1	102,2	104,4	104,1	101,7	102,1
Bildungswesen	1995 = 100	107,8	112,9	112,0	111,9	112,1	117,2	117,3	117,2	117,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	1995 = 100	102,1	103,6	102,1	103,2	103,5	103,9	103,7	104,3	104,9
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,3	102,8	102,4	102,6	102,7	104,0	104,0	104,3	104,5

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Gewerbeanmeldungen

Im Juni 1999 hat sich die Zahl der Gewerbeanmeldungen gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat erstmals wieder erhöht, und zwar um 1,2 % auf 3 126. Bei den Abmeldungen blieb die Zuwachsrate (+ 6,2 %) im Vergleich zu den beiden vorausgegangenen Monaten deutlich niedriger. Seinerzeit waren noch Anstiege gegenüber den entsprechenden Vorjahreszeiträumen in zweistelliger Höhe verzeichnet worden. Damit schlägt sich die in der Wirtschaft beobachtete konjunkturelle Belebung auch in den Meldungen der Gewerbeämter nieder.

Gegliedert nach Wirtschaftsbereichen gestaltete sich die Entwicklung der Gewerbeanmeldungen jedoch sehr unterschiedlich. Während die Branchen Verkehr und Kreditgewerbe (+ 4,2 %), Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen für Unternehmen (+ 9,4 %) und sonstige Dienstleistungen (+ 7,7 %) eine sehr positive Entwicklung aufwiesen, verzeichneten das produzierende Gewerbe mit - 6,4 % sowie Handel und Gastgewerbe mit - 1,9 % Rückgänge. lx

Hochrangige chinesische Delegation im Statistischen Landesamt

Auf dem Weg zur Reform des Wirtschaftssystems in der Volksrepublik China informierte sich eine hochrangige chinesische Delegation unter Leitung des Vizepräsidenten des Statistischen Zentralamtes Cheng Zilin im Statistischen Landesamt über die dortigen Ziele und Arbeitsprozesse der Statistik.

Die drei Hauptziele des Statistischen Landesamtes, nämlich den „Bürgerorientierten Informationsdienst“ auszubauen, verstärkt Basisdaten für ein „Volkswirtschaftliches Controlling“ bereitzustellen und die „Effizienz“ des Amtes weiter zu erhöhen, fanden großes Interesse bei den 23 Delegationsmitgliedern des chinesischen Zentralamtes und der Provinzialämter.

Zu einer regen Diskussion führte die in Gang befindliche Verwaltungsmodernisierung mit einer Einsparung von 20 % der Stellen im Statistischen Landesamt. Bei Darstellung der Organisation und der begonnenen Budgetierung – das Statistische Landesamt gehört hier zu den Pilotämtern – zeigte sich, dass die chinesischen Fachleute mit dem Begriff „Entbürokratisierung“ und

mit modernen Formen der Organisation (zum Beispiel Projektorganisation, wie im Statistischen Landesamt eingeführt) durchaus vertraut waren.

Auch an den übrigen Referaten zu den Beziehungen der Statistik im Gesetzgebungssystem, zur funktionalen Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern und zum Nutzen der Statistik zeigten die Chinesen ein erstaunlich großes Interesse. Breiten Raum nahm die vom Delegationsleiter Cheng Zilin aufgeworfene Frage ein: „Kann das Statistische Landesamt statistische Erhebungen auch ohne gesetzliche Anordnung durchführen?“ Dass dies nur auf der Grundlage von Gesetzen und Verordnungen möglich sei, führte zu Unverständnis und intensiver Diskussion.

Die gesamten Gespräche und Diskussionen zeigten das große Interesse der Gäste an der Funktion der deutschen Statistik, besonders in Bezug auf die in China in Gang befindliche marktwirtschaftliche Orientierung. ko

Tschechische Delegation sucht Rat im Statistischen Landesamt

Eine Delegation vom Tschechischen Amt für Statistik informierte sich bei einem Besuch im Statistischen Landesamt. Im Fremdenverkehrsland Rheinland-Pfalz, das mit mehr als 20 Mill. Übernachtungen 1998 im Vergleich der Bundesländer eine weit überdurchschnittliche Fremdenverkehrsintensität aufweist, stand bei den tschechischen Statistikern die Beherbergungsstatistik im Vordergrund des Interesses.

Ganz besondere Aufmerksamkeit widmete die tschechische Delegation, unter Leitung von Dr. Jaroslav Novák, den landesspezifischen Besonderheiten. Beispielsweise werden in Rheinland-Pfalz, anders als in den übrigen Bundesländern, Kleinbeherbergungsbetriebe mit jeweils bis zu acht Betten in die Erhebung einbezogen. Sie haben vor allem in den bekannten rheinland-pfälzischen Weinanbaugebieten eine enorme Bedeutung. Zur Sprache kam darüber hinaus die Rolle der Heilbäder und die dynamische Entwicklung der Feriententren im Lande. Breiten Raum nahm auch die enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Erhebungsstellen ein, die bei der Erarbeitung qualitativ hochwertiger und aktueller Daten eine wichtige Rolle spielen. Den tschechischen Vertretern gefiel insbesondere die zeitnahe monatliche Datenproduktion, die nicht zuletzt mit Hilfe des Landesinformationssystems (LIS) sowohl fachlich als auch räumlich tiefgegliederte Analysen zulässt. kl

kurz + aktuell

Weltkongress der Statistiker im Jahr 2003 nach Berlin vergeben

Die Generalversammlung des Internationalen Statistischen Instituts (ISI), eine der ältesten wissenschaftlichen Vereinigungen der Welt, hat während ihres 52. Weltkongresses in Helsinki beschlossen, die 54. Tagung im Jahr 2003 nach Berlin zu vergeben. Die internationale statistische Konferenz wird vom 11. bis 20. August 2003 im Internationalen Congress Centrum Berlin (ICC) ausgerichtet.

Auf der nächsten Tagung, die im August 2001 in Seoul stattfinden wird, wird sich die deutsche Statistik

als Gastgeber und Berlin als Veranstaltungsort dem weltweiten Teilnehmerkreis präsentieren.

An der diesjährigen Tagung, die im August 1999 in Helsinki stattfand, nahmen über 2 000 Statistiker aus 157 Staaten teil. Sie kommen aus verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen, Unternehmen, internationalen Organisationen und aus statistischen Ämtern und vertreten die gesamte Bandbreite ihrer Disziplin.

Die deutsche Statistik freut sich darauf, im Jahr 2003 das weltweite Forum für den wissenschaftlichen Austausch der neuesten Erkenntnisse aus Theorie und Praxis zu bieten.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - Juli		Veränderung
	1998	1999	
	Mill. DM		%
Landessteuern	951,2	1 033,0	8,6
Vermögensteuer	24,9	35,8	43,9
Erbschaftsteuer	86,0	211,3	145,7
Gründerwerbsteuer (Landesanteil)	109,5	123,9	13,1
Kraftfahrzeugsteuer	545,8	473,1	- 13,3
Rennt- und Lotteriesteuer	118,8	127,8	7,6
Feuerschutzsteuer	14,9	11,1	- 25,9
Biersteuer	51,3	50,1	- 2,3
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	3 496,8	4 056,5	16,0
Lohnsteuer	2 846,4	2 829,5	- 0,6
Veranlagte Einkommensteuer	- 254,9	- 86,5	X
Kapitalertragsteuer	552,0	360,3	- 34,7
Zinsabschlag	154,9	157,8	1,9
Körperschaftsteuer	198,5	795,3	300,7
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	2 694,6	2 723,1	1,1
Umsatzsteuer	2 092,5	2 110,7	0,9
Einfuhrumsatzsteuer	602,1	612,4	1,7
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	63,2	55,7	- 11,8
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	33,9	26,5	- 21,9
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	96,5	85,1	- 11,8
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	18,5	20,5	10,7
Insgesamt	7 354,8	8 000,5	8,8

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Juli 1999

Indexbezeichnung	1995=100	Veränderung zu Juli 1998 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	105,3	0,7
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	101,8	- 1,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	105,7	0,1
Bekleidung, Schuhe	101,9	0,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	107,3	1,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,4	0,3
Gesundheitspflege	110,0	- 2,6
Verkehr	108,1	2,7
Nachrichtenübermittlung	87,4	- 10,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	105,2	1,0
Bildungswesen	116,7	5,4
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	107,0	1,2
Andere Waren und Dienstleistungen	104,3	1,7
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	105,2	0,6
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	105,1	0,7
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	105,7	0,2
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	105,4	0,6

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.